Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 16. Januar 1930
Donnerstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68. Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis monatlich 4.35 R.-M. (in Berlin eigene Botenzustellung) Anzeigenpreis: 0.40 R.-M., Familien-Anzeigen und Stellengesuche 0.25 RM. die 27 mm breite Millimeter-Zeile. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
16. 1. a Nr. 26
10 Pfennig

Hindenburg Ehrenbürger von München

Heute fand im Hause des Reichspräsidenten die feierliche Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes durch den Oberbürgermeister Scharnagl und den zweiten Bürgermeister Dr. Küfner statt.

Die Urkunde, die ausgeführt ist von Frau Prof. Anna Simons-München, hat nachstehenden Wortlaut: „Der Stadtrat München hat am 9. November 1929 beschlossen, seiner Exzellenz, dem Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Beneckendorff und v. Hindenburg, dem verdienstvollen Schützer der deutschen Heimat, dem bewährten Heerführer der deutschen Truppen, dem Vorbild treuer Pflichterfüllung in der Zeit der Not des Vaterlandes, als Zeichen der Dankbarkeit und der aufrichtigen Freude, die der alljährliche Erholungsaufenthalt des Herrn Reichspräsidenten in der schönen bayerischen Heimat in unserem Lande auslöst, das Ehrenbürgerrecht von München, der Landeshauptstadt von Bayern, zu verleihen."

Im Anschluß hieran folgten die Münchener Bürgermeister einer Einladung des Reichspräsidenten zu einem Frühstück, an dem u. a. auch Reichspostminister Dr. Schätzel und der bayerische Gesandte in Berlin Dr. v. Preger teilnahmen.

Heute Schlußsitzung des Völkerbundsrats

Die oberschlesischen Minderheitenbeschwerden erledigt

Genf, 16. 1.

Der Völkerbundsrat hat gestern die auf seiner Tagesordnung stehenden oberschlesischen Minderheitenbeschwerden vereinigt, mit der einzigen Ausnahme der rechtswidrigen Entlassung von 32 Knappschaftsärzten, die zur deutschen Minderheit gehören. Die Beschwerde wurde bis zur Tagung vertagt werden, da der Berichterstatter Adatchi-Japan wegen seiner Teilnahme an den Haager Verhandlungen nur für 24 Stunden nach Genf kommen und keine Zeit finden konnte, das sehr umfangreiche Beschwerdematerial durchzuarbeiten.

Im Beschwerdefalle des früheren Knappschaftsbeamten Lubos hat der Rat festgestellt, daß auf Lubos durch die Leitung des Knappschaftsvereins Spolka Braca in ganz ungehöriger Weise ein Druck ausgeübt worden ist, weil seine Kinder die deutsche Minderheitenschule besuchten. Auf Wunsch des Rates hat die polnische Regierung das Erforderliche zu veranlassen, um solche Vorkommnisse in Zukunft zu vermeiden und die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen. Nach dieser Regelung zugunsten Lubos hat Staatssekretär v. Schubert in der Ratssitzung an die Adresse der polnischen Regierung die Bitte gerichtet, Lubos zu entschädigen. Zalesti sagte wohlwollende Prüfung zu.

Weiter hat die polnische Regierung dem Rat mitgeteilt, daß dem früheren Direktor Benisz von der Spolka Bracka wegen seiner minderheitenfeindlichen Aktion ein strenger Verweis erteilt worden ist und daß die leitenden Stellen des erwähnten Knappschaftsvereins darauf hingewiesen wurden, daß eine unterschiedliche Behandlung seiner Mitglieder oder Funktionäre, je nachdem sie der Mehrheit oder Minderheit angehören, völlig unzulässig ist.

Eine Beschwerde betraf wiederholte Unregelmäßigkeiten bei der Wahl des Angestelltenrates der Grube Richter der Königs- und Laurahütte. Der Wahlvorstand hatte die deutsche Liste in ganz unzulässiger Weise für ungültig erklärt. Ueberdies wurden alle deutschen Wahlkandidaten bis auf zwei von der Grubenverwaltung entlassen. Der Spitzenkandidat Wiesner hat sich unmittelbar an den Völkerbundsrat gewandt, der den Fall der Gemischten Kommission für Oberschlesien überwiesen hat.

Der Völkerbundsrat trat heute vormittag 10.30 Uhr, das heißt genau zur gleichen Stunde, in der vor zehn Jahren seine erste aus einer einzigen Sitzung bestehende Tagung begann, zu seiner Schlußsitzung zusammen.

Briand und Grandi

fs. Paris, 16 .1. (Eigenbericht)

Ueber den Inhalt der gemeldeten Unterredung Briand-Grandi in Annemasse sind in der französischen Presse nur spärliche Mitteilungen zu finden. Der Genfer Korrespondent des „Matin" schreibt, die offiziellen Communiqués würden sich damit begnügen, von dem freundschaftlichen Verlauf der Unterredung und von den guten Aussichten für die künftigen Unterredungen zu sprechen. Andererseits verhehle man sich aber nicht die Bedeutung, die diese erste direkte Besprechung der Minister des Aeußeren der beiden Länder an sich schon habe, nachdem man sieben Jahre lang nur mit diplomatischen Noten verhandelte. Die gestrige Unterredung habe sich u. a. auf die Londoner Seeabrüstungskonferenz bezogen. Hier hätten sich nach italienischen Nachrichten die von den beiden Regierungen eingenommenen Stellungen nicht geändert. Italien verlange weiter die absolute Parität, während Frankreich vorschlage, im Mittelmeer keine höhere Tonnage als die seinige einzuführen. Die beiden Minister hätten sich aber auch nützlich über die französisch-italienische Verständigung in Nordafrika unterhalten können, die schon lange auf eine Lösung warte, mit dem Problem des Niederlassungsrechts der Italiener usw. Das sei ein bedeutendes Ereignis des Tages.

Briands Abreise nach Paris wird für heute 1 Uhr angekündigt.

Keine Aenderung in der Mobilisierungsfrage

Reichspostminister Schätzel und Generaldirektor Dorpmüller nach dem Haag gebeten
Die Endschwierigkeiten — Nachmittags Bankierbesprechungen — Herr Dr. Wirth schweigt noch immer — Letzter Kampf um Zeitgewinn nötig

Dr. F. K. Den Haag, 15. 1.
(Sonderbericht der „DAZ")

Nach dem Essen, das die deutsche Abordnung gestern abend der französischen Delegation gegeben hat, blieben die Vertreter der beiden Staaten fast bis 2 Uhr nachts zusammen und berieten das Privatisierungsproblem. Hiernach saß noch einmal die deutsche Delegation, um sich über die weiteren Schritte klar zu werden. Man ersieht hieraus die großen Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind.

In der Sitzung der sechs Mächte, die 1¼ Stunden dauerte, konnte trotz dieser Vorbereitungen keine Einigkeit erzielt werden. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer wies darauf hin, daß es unmöglich sei, eine Anleihesperre auch für Reichsbahn und Reichspost zu übernehmen.

In der Sitzung verlangte demgegenüber Ministerpräsident Tardieu, daß die Anleihesperre für Deutschland sich nicht nur für das Reich als solches, sondern auf alle auch anders gearteten öffentlichen Anleihen einschließlich Bahn und Post beziehen solle.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn Dorpmüller und Reichspostminister Schätzel sind gebeten worden, morgen früh nach dem Haag zu kommen, um die finanzielle Situation der Reichsbahn und der Reichspost darzulegen.

Sodann erstattete Loucheur einen vertraulichen Bericht über den Stand der Ostributfrage, worüber eine private Sitzung der sechs Mächte schon heute nachmittag stattfinden wird. Die ununterbrochenen Verhandlungen mit Ungarn, der Kleinen Entente, Bulgarien und Oesterreich haben bisher keine wesentlichen Fortschritte erzielt.

Heute nachmittag finden Besprechungen mit den hier anwesenden Bankiers unter Hinzuziehung der Herren Reynolds und Dr. Schacht statt, um die Aussichten des Kapitalmarktes und den Gesamtkomplex der Mobilisierungsfrage zu prüfen. Was den Termin der Sperre für eigentliche Anleihen des Reiches betrifft, so hat Dr. Moldenhauer heute ein weiteres Entgegenkommen über den 1. April 1931 hinaus nicht in Aussicht gestellt.

Es spitzt sich auf die Mobilisierungsfrage zum Schlusse natürlich die gesamte Konferenz insofern zu, als die Franzosen trotz der ungeheuren Vorteile, die sie durch den Young-Plan und die damit verbundenen Abmachungen erhalten, den entscheidenden Wert darauf legen, zu barem Gelde zu gelangen. Auch hier ist noch eine Chance für die deutsche Verhandlungsposition gegeben, die voll auszunützen wir die deutsche Delegation nicht dringend genug ersuchen können.

Eine neue Sitzung der sechs Mächte findet erst morgen, Freitag, nachmittag statt, nachdem am Vormittag mit dem Reichspostminister und dem Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft die finanzielle Lage der Unternehmungen durchgesprochen sein wird. Die beiden Unternehmen haben einen Kapitalbedarf von 500 Millionen Reichsmark.

Das Hauptgesprächsthema in sämtlichen Delegationen und innerhalb der internationalen Presse ist natürlich heute früh die Sanktionsregelung. Drei typische Beispiele für die Auffassung in außerdeutschen Kreisen: die holländische Presse hebt fast durchweg den Erfolg Tardieus hervor mit dem Hinzufügen, der „äußerste Fall" werde allerdings schwerlich real werden. Das ist durchaus zu bezweifeln und wird vielmehr von den machtpolitischen Verhältnissen in Europa abhängen, vor allem aber auch von der Entwicklung Deutschlands selbst. Wenn wir tatsächlich auf Jahrzehnte hinaus keine Anstalten machen, uns von der Tributlast zu befreien, wenn, was praktisch natürlich vollkommen ausgeschlossen ist, der Young-Plan für längere Zeit erfüllbar wäre, dann hätte diese holländische Auffassung recht, aber nur dann.

In linksstehenden französischen Kreisen wird die Regelung aus innerpolitischen französischen Gründen sehr bedauert. Man habe Herrn Tardieu zu einem Erfolg verholfen, obwohl er damit nur einen Trumpf gegen Briand und gegen die französische Linke ausspielen wolle.

Und die amerikanische Hearstpresse schließlich stellt das Uebereinkommen als eine „vollkommene Niederlage Deutschlands" dar.

Wir beschränken uns heute auf die Wiedergabe dieser Stimmen. Wir fügen noch hinzu, daß der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth unglaublicherweise bisher seine geradezu unerhörte und politisch absolut unverständliche Haltung in der gestrigen Sitzung, von der wir berichtet haben, bisher weder zu erklären, noch zu begründen Anstalten gemacht hat. Er gibt sich einer schweren Täuschung hin, wenn er glauben sollte, daß sein unpolitisches und den deutschen Interessen schwer schädliches Verhalten ohne Folgen bleiben könnte. Vielleicht ist ihm bisher die Tragweite seiner gestrigen Stellungnahme gegen England noch nicht bewußt geworden. Aus dem amtlichen Pressebericht konnte er allerdings das deutsche Echo schwer ersehen. Wir werden dafür sorgen, daß er volle Aufklärung erhält.

Im übrigen stehen wir vor den Schlußentscheidungen der Konferenz. Es muß überlegt werden, ob es noch Möglichkeiten gibt, die Unterzeichnung des Vertragswerkes zu verhindern. Wir denken nicht an vollständigen Umsturz der Grundlagen des Young-Planes, wofür es bereits zu spät ist. Aber wir halten noch immer für möglich, eine Paraphierung unter dem schweren Druck der zum Abschluß drängenden Gegenseite zu verhindern und Zeit für neue Verhandlungen zu gewinnen. Darüber wird noch einiges zu sagen sein.

Wieder Saarverhandlungen

fs. Paris, 16. 1. (Eigenbericht)

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen, die wegen der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage verschoben wurden, sind wieder aufgenommen worden. Im Arbeitszimmer des Leiters der französischen Delegation, Arbeitsminister Pernot, fand im Laufe des gestrigen Nachmittags eine erste Unterredung nach den Feiertagen statt.

Winterschlaf der bürgerlichen Parteien

Die Sozialdemokraten beraten über Haag

Die innerpolitischen Auswirkungen der Haager Beschlüsse lassen sich vorläufig schwer übersehen, da die Mehrzahl der Parlamentarier außerhalb Berlins weilt und die Parteibüros ebenfalls in ihrer Mehrheit nicht in Betrieb sind — mit Ausnahme des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes, auf dessen nicht sehr erfreuliche Tätigkeit wiederholt hingewiesen werden mußte. Er will sich heute nachmittag mit den letzten Haager Vorgängen beschäftigen, und in manchen Kreisen, die das richtige Gefühl haben, daß auf Grund des Haager Gesamtergebnisses die Krisengefahr nicht von der Hand zu weisen ist, glaubt man, diese Beratung als Einleitung der Regierungskrise auffassen zu müssen. Es wird sich zeigen, ob die sozialdemokratischen Führer ihre Vorstöße gegen Dr. Schacht fortsetzen.

Der „Fall Wirth" spielt eine Sonderrolle. Er wird in der Zukunft noch zu weiteren Auseinandersetzungen führen. Das Zentrum befindet sich ohnehin in einer schwierigen Stellung, da es seine Zustimmung zum Young-Plan von sehr scharf formulierten Bedingungen abhängig gemacht hat, die bisher nicht erfüllt sind. In ähnlicher Lage befindet sich die Deutsche Volkspartei, vor allem nach der höchst bedenklichen Lösung der Sanktionsfrage.

Der Aeltestenrat des Reichstages ist auf Sonnabend vormittag einberufen worden, um über das Zusammentreten des Plenums Beschluß zu fassen. Im Vordergrund steht der schon vor den Weihnachtsferien in Aussicht genommene Termin des 23. Januar. Allerdings besteht die Möglichkeit, daß man den Zusammentritt des Reichstags um eine Woche verschiebt.

Das parlamentarische Hauptgewicht wird nunmehr bei der Vorbereitung des neuen Etats liegen, der mit der äußersten Beschleunigung in Angriff genommen werden muß — ganz gleich, wie das Schicksal der Regierung sein mag.

Die „lex Schacht"

Unsere Haager Meldung im heutigen Morgenblatt über die geplanten Aenderungen des Reichsbankgesetzes hat in Berlin großes Aufsehen erregt. Während die Wirtschaftskreise entsetzt darüber sind, daß nunmehr drei von den insgesamt zehn Mitgliedern des Generalrats durch die Regierung ernannt werden sollen und für dieses Gesetz bereits der Ausdruck „Inflationsgesetz" geprägt worden ist, weil die Festigkeit der Währung mit der Unabhängigkeit der Reichsbank untrennbar verbunden ist, befassen sich die parteipolitischen Zirkel aus dem Regierungslager bereits eifrig mit der Frage, wen man in den Generalrat delegieren soll.

Die Bedeutung der „Sanktions"-Formel

Französische Auslegungskunststücke

fs. Paris, 16. 1 .(Eigenbericht)

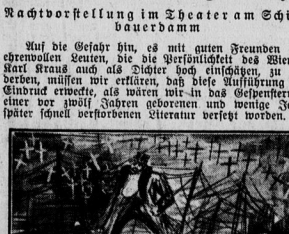
In der französischen Presse wird, wie zu erwarten war, die Abmachung über die „Sanktions"-Frage als ein großer französischer Sieg und als ein besonderer Erfolg Tardieus gedeutet. Es genügt, hier die Auslegung anzuführen, die der „Petit Parisien" der neuen Formel gibt. In ähnlicher Weise äußert sich nahezu die gesamte Pariser Presse. Nach dem „Petit Parisien" liegt die Hauptbedeutung der neuen Formel darin, daß nicht mehr von den „Gläubigermächten" in ihrer Gesamtheit, sondern von der und der „Gläubigermacht" gesprochen wird. Diese Worte bedeuten ohne Zweifel, daß im deutschen „Verfehlungs"-Falle eine einzelne Macht den Haager Gerichtshof anrufen und als einzelne Macht nach einem entsprechenden Bescheid des Gerichtshofes handeln könne. Die Handlungsfreiheit bedeute nichts anderes, als daß Frankreich allein von dem „Sanktions"-Artikel des Versailler Diktats Gebrauch machen könne. Dieser Auslegung schließt sich auch Pertinax an. Er findet nur zu bemängeln, daß der Haager Justizhof in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht geeignet sei, eine deutsche willkürliche „Verfehlung" gegen den Young-Plan festzustellen.

Im übrigen schreibt Pertinax, Tardieu habe von den Deutschen erreicht, daß sie nunmehr ein gesondertes Handlungsrecht Frankreichs anerkannt hätten, auf das sich Frankreich 1920 bei der Besetzung Frankfurts und 1923 bei der Besetzung der Ruhr berufen habe, das aber Frankreich dann im Jahre 1924 im Londoner Uebereinkommen aufgegeben habe.

Karl Kraus: „Die letzte Nacht"

Nachtvorstellung im Theater am Schiffbauerdamm

Auf die Gefahr hin, es mit guten Freunden und ehrenvollen Leuten, die die Persönlichkeit des Wieners Karl Kraus auch als Dichter hoch einschätzen, zu verderben, müssen wir erklären, daß diese Aufführung den Eindruck erweckte, als wären wir in das Gespensterreich einer vor zwölf Jahren geborenen und wenige Jahre später schnell verstorbenen Literatur versetzt worden.



Das Bühnenbild

„Die letzte Nacht" ist der Epilog zu der großen dramatischen Kriegsdichtung des Verfassers „Die letzten Tage der Menschheit." Kraus hat ihn 1917 verfaßt und man ist gern bereit, festzustellen, daß damals ein gewisser Mut dazu gehörte, Dinge zu äußern, die in ihrer Gesamtheit zwar ein verzerrtes Bild des Kriegsgeschehens geben, die in manchen Einzelheiten jedoch Wesentliches beleuchten, die man in jenen Jahren noch übersehen mußte oder in den Schatten stellte. Auch das echte Pathos eines aufgewühlten und erschütterten Menschen wird man anerkennen, daß sich wesentlich davon unterscheidet, was man in den Nachkriegsjahren an billigen, konjunkturgerechten Machwerken erlebte.

Aber dieser Epilog, der während einer Stunde mit Monologen in lapidaren, kochenden Versen vorüberzieht und der seinen Haß gegen den Krieg in eine apokalyptische Allegorie kleidet, kommt dem Wesen dieses vierjährigen Kampfes nicht nahe. Das Fronttschwein, das sich zwölf Jahre später, bürgerlich wohl gekleidet, verdrückt einer solchen Allegorie gegenüberstellt, bleibt recht hilflos in Andertracht der Tatsache, hier nichts als jener seltsamen Kriegsromantik des Hinterlandes zu begegnen, von der die Geschehnisse unendlich weit entfernt waren. 1917 mag es etwas bedeutet haben, wenn ein sterbender Soldat rief: „Ich sterbe für den Kaiser nicht", wenn ein Totenkopfhusar als mumienhaft-schneidige Marionette kommandiert und dabei die Züge des Kronprinzen trägt. Wenn die Presse, die Wissenschaft und alle die, die sich in den Dienst des Krieges stellten, zum Angriffsziel genommen werden und wenn zum Schluß eine unsichtbare Stimme spricht: „Ich habe es nicht gewollt." Zehn Jahre später ist ein Ausspruch „ich sterbe für den Kaiser nicht" eine Banalität und dazu eine falsche. Denn dieses Volk ist nicht für den Kaiser in den Krieg gezogen, und daß ein Offizier mit dem Revolver die fliehenden zurückjagte, wie dies auf der Bühne gezeigt wird, ist eine charakteristische Literaturerfindung, die dadurch nicht wahrer werden kann, daß solche Ereignisse hier und dort in der Ueberfülle anderer Ereignisse eingereiht sind.

Damit man uns nicht mißverstehe: es handelt sich nicht darum, ob Karl Kraus gegen oder für den Krieg ist, sondern ob dieser Epilog, der den Exzeß hat, eine Dichtung zu sein, die überzeitlichen Züge einer solchen trägt. Ob er eine Ahnung offenbart von jenen metaphysischen Triebkräften, die in Wahrheit am Werke waren oder ob er nur eine verzweifelte Abhilfelichkeit mit jenen Erzeugnissen besitzt, die darlegen, wie brave anständige Menschen, durch andere, die daraus Profit schlagen, durch Offiziere, die sich drücken, wenn es knallt, durch skrupellose Gasserfinder und Pressehalunken, denen es nur auf Sensation darauf ankommt, in den Tod gejagt werden. „Die letzte Nacht" trägt zweifellos Züge einer solchen Verplatzung der Dinge und auch das Auftreten des Antichrist in der Maske eines jüdischen Börsenmannes, der eine lange Rede hält, durchdringt nicht die sichtige Luft.

Der Aufführung dieses Lesedramas standen große Schwierigkeiten im Wege. Der Regisseur Leo Reuß, der mit Drahtverhauen, Lichtprojektionen, Granatdonner auf halbdunkler Bühne nicht ungeschickt arbeitete (Bühnenbild Nina Tokumbet), löste diese Aufgabe nicht. Ein Heer von Darstellern war aufgeboten, darunter Ponto,

Deutsche Allgemeine Zeitung
Berlin
Mit den wöchentlichen Beilagen
Unterhaltungsblatt
Wirtschaft — Steuer — Recht
Weltverkehr
Kraft und Stoff
Literarische Beilage
Filmatelier und Filmtheater
Reisen und Wandern
Frau und Welt
Donnerstag, 16. Januar 1930

Parteikomitee zu Seipels Reformvorschlägen

Beginn der Arbeiten des Wahlreformausschusses

kbg. Wien, 16. 1. (Eigenbericht)

In der gestern abgehaltenen mehrstündigen Sitzung der christlich-sozialen Bundes-Parteileitung, in der über die Vorschläge Dr. Seipels über die Schaffung einer Ständevertretung und einer Wirtschaftskammer beraten wurde, ist ein Parteikomitee gebildet worden, dem Vertreter der Berufsgruppen aus der Christlich-Sozialen Partei sowie Delegierte der Länder angehören. Das Komitee soll die Vorschläge Seipels konkretisieren und genau formulierte Anträge bezüglich der Beschickung der Stände- und Wirtschaftskammer ausarbeiten.

Heute beginnen die Verhandlungen des Wahlreformausschusses zwischen den Führern der Mehrheitsparteien. Man ist bestrebt, kleinere Wahlkreise zu schaffen, die Stimmenzählung so zu gestalten, daß für die einzelnen Parteien möglichst wenig Stimmen verlorengehen, die Reststimmenzählung aus dem ganzen Bundesgebiet vorzunehmen und von dem System der starren Liste abzugehen. Diese Frage muß möglichst bald vereinigt werden, weil man mit Neuwahlen spätestens im Frühjahr 1931 rechnet.

Es sollen aber nicht nur die Verfassungsfragen, sondern auch die wirtschaftlichen Maßregeln erörtert werden. So hat der Niederösterreichische Bauernbund und auch die Großdeutsche Partei für morgen eine Sitzung anberaumt, um vor allem die Wirtschaftslage in Oesterreich zu besprechen.

Die Horchzelle beim Warschauer Fernamt

ki. Warschau, 16. 1. (Eigenbericht)

Im Zusammenhang mit der kürzlich aufgedeckten Telephonspionage hat der Untersuchungsrichter einen Reporter Seinfeld von der Ostagentur in Haft genommen, der zugab, das Gespräch zwischen dem Premier und dem Staatspräsidenten von einem Privatapparat mitgehört zu haben. Bemerkenswert sind die Aussagen der technischen Leitung des Warschauer Fernamts. Danach hat der vormalige Postminister Miedzinski in seiner Gegenwart die Kabel von der Zentrale zur Horchzelle zerstören lassen, aber schon nach drei Tagen erschien der Leiter des Untersuchungsgerichts und forderte die Wiederherstellung der Horchzelle.

Heute weiß der sozialistische „Robotnik" den Untersuchungsrichter zu beraten, indem er versichert, daß die Horchzelle beim Fernamt tatsächlich besteht und daß sie wieder hergestellt wurde, als der Oberst Boerner in das Kabinett Switalski zum Postminister berufen wurde. Dafür soll Boerner vor den Staatsgerichtshof wegen Verfassungsbruch gestellt werden. Eine ganze Reihe weiterer Verhaftungen steht noch bevor. Bei der Verhaftung Seinfelds ist noch bemerkenswert, daß er auch mit der Abt. II (Nachrichten!) des polnischen Generalstabs in dauernder Verbindung gestanden hat.

---

gl. London, 16. 1. (Eigenbericht)

Die russische Räteregierung hat ein Generalkonsulat in London eröffnet. Seine Büroräume befinden sich in der City, und zwar in der Margate in der Nähe der Bank von England.

Englands Stellung zur Seeabrüstungsfrage

Erklärungen MacDonalds vor der britischen und fremden Presse

London, 16. 1.

Premierminister MacDonald empfing gestern im Locarnosaal des Foreign Office die Vertreter der britischen und der ausländischen Presse und legte die Ansicht der britischen Regierung über die auf der bevorstehenden Flottenkonferenz zu verfolgende Politik dar. Danach stellt sich die britische Regierung zunächst auf den Boden der neuen zunehmenden Sicherheit, die durch die Völkerbundssatzung, den Washingtoner Vertrag vom Jahre 1922, den Locarnovertrag und zuletzt durch den Pariser Friedenspakt geschaffen werde. Außer diesen Verträgen sei eine Anzahl von regionalen Abkommen abgeschlossen worden, denen beträchtliche Bedeutung beizumessen sei.

Die Regierung sei der Ansicht, daß das Bestehen aller dieser Vereinbarungen die Konferenz in die Lage versetzen müßte, einen wirklichen Fortschritt auf dem Wege der Flottenabrüstung zu erzielen. Die Regierung vertraue auf die durch die Unterzeichnung dieser politischen Verträge gewonnene Sicherheit und nehme den Standpunkt ein, daß ihre Flottenstärke in einem Verhältnis zu dem jetzt erreichten Grad der Sicherheit stehen müsse.

Die militärische Stärke in der Luft, zu Lande und zur See sei eine nationale Aufgabe.

Wenn keine Notwendigkeit dafür bestehe, sei es eine sehr schlechte Politik, sie in einem Grad aufrechtzuerhalten, der in einem Mißverhältnis zu der gegebenen Notwendigkeit stehe. Nichts sei mehr dazu angetan, die Ziele des Friedens zu vereiteln, als der fortgesetzte oder möglicherweise noch verschärfte Rüstungswettbewerb in den nächsten Jahren. Eine der Hauptschwierigkeiten sei die dauernde Veränderung in den Flottenwerten, die zum großen Teil auf die Entwicklung des Flugzeugs und des Unterseebootes zurückgeführt werden müsse. Wenn man die letzten Jahre überblicke, so werde man die sehr gefährliche Tendenz entdecken, die Flottenrüstungen auszudehnen.

Die englische Regierung sei der Ansicht, daß man, wenn jetzt keine Vereinbarung erzielt werde, auf weitere zwanzig Jahre mit einem Rüstungswettbewerb rechnen müsse.

Verminderungen könnten auf dreierlei Art und Weise erfolgen:

1. durch eine Verminderung der bestehenden Flotten;
2. durch Abstriche in den gebilligten Bauprogrammen und
3. durch die Verlängerung der Lebensdauer der bereits gebauten Schiffe.

Niemand schlage vor, daß die Verminderung so weit gehen solle, daß die nationale Sicherheit bedroht werde. Das Wünschenswerte sei, ein Gleichgewicht im Bau der Kriegsschiffe zu erzielen. Man erhalte Streitkräfte, die über die Welt verteilt seien, von denen jede wirksam zur Verteidigung benutzt werde, aber von denen nicht eine wirksam zum Angriff verwendet werden könne. Die englische Regierung werde alles tun, was sie könne, um der Welt zu zeigen, daß sie bereit sei, Schritt für Schritt einer befriedigenden Lösung der Abrüstungsfrage näher zu kommen. Großbritannien werde nicht abrüsten, um ein gutes Beispiel zu geben, weil die britische Regierung nicht glaube, daß dies sicher oder klug sei. Die britische Regierung könne nur vorwärtsschreiten unter der Voraussetzung, daß andere Nationen entsprechend vorwärts gingen und daß das Abkommen, das schließlich aus der Konferenz hervorgehe, wirklich internationale Politik darstelle und auch andere Nationen binde.

Die englische Regierung lege besonderen Wert darauf, daß keine allzuhohen Erwartungen auf den Ausgang der Konferenz gesetzt würden.

Es bestehe aber auch nicht der geringste Grund zum Pessimismus. Die Regierung sei überzeugt, daß ein Abkommen abgeschlossen werden könne und daß es ein gutes Abkommen sein werde. Die Stellung der britischen Regierung mit Bezug auf das Schlachtschiff sei, daß dieses wegen seiner riesigen Kosten und seiner beschränkten Verwendungsmöglichkeit ein sehr zweifelhafter Faktor ist. Die britische Regierung würde gern ein Uebereinkommen erzielen, das das Schlachtschiff in angemessener Zeit ausschalte. Bis dahin werde die britische Regierung darauf dringen, daß während der Lebensdauer des auf der Konferenz eventuell erzielten Abkommens keine Neubauten von Schlachtschiffen stattfänden. Sollten die Mächte für die Beibehaltung der Schlachtschiffe sein, so müßten nach Ansicht der britischen Regierung die Neubauten von geringerer Größe sein. Was die Kreuzer betreffe, so bezögen sich die zu lösenden Fragen zum größten Teil auf die Verteilung der Tonnage innerhalb der Kreuzerkategorien. Der beherrschende Faktor mit Bezug auf die Zerstörer sei die Beziehung zwischen Zerstörern und Unterseebooten.

Die britische Regierung trete für die völlige Abschaffung des Unterseebootes ein. Wenn jedoch keine Abschaffung zu erzielen sei, so hoffe sie, daß die Zahl der Unterseeboote auf ein Mindestmaß herabgesetzt werde.

Die Regierung sei, so führt die Erklärung weiter aus, der Meinung, daß sie nur hoffen könne, durch Zusammenfassung der Ansichten aller auf der Konferenz vertretenen Mächte ein Uebereinkommen zu erzielen. Die Regierung werde versuchen, die weitestgehende Verminderung, die mit der internationalen Sicherheit vereinbar sei, zu erreichen. Andererseits werde sie sich dauernd das Maß vor Augen halten, in dem das britische Reich im Seehandel und in den Seeverbindungen von seiner Flotte abhänge. Die britische Regierung sei der Ueberzeugung, daß ein Uebereinkommen erreicht werden könne und werde. Sie glaube, daß, wenn die schließlich erzielte Vereinbarung den Erwartungen nicht entspreche, aber doch dem Flottenwettbewerb Einhalt tue, sie eine gute Vereinbarung sein werde. Die Regierung hoffe, daß die öffentliche Meinung nicht die riesige Bedeutung eines Uebereinkommens unterschätzen werde, das dem Flottenwettbewerb ein Ende setze. Der höhere Zweck der Konferenz sei, der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf ihre Arbeiten zu erleichtern, damit die Völkerbundsversammlung dann in der Lage sein werde, mit einiger Aussicht auf Erfolg die allgemeine Abrüstungskonferenz einzuberufen.

Hinsichtlich der Anregung in dem französischen Memorandum bezüglich eines Mittelmeerabkommens sei es die Ansicht der britischen Regierung, daß an Verhandlungen dieser Art alle interessierten Parteien teilnehmen müßten. Die interessierten Parteien an einem möglichen Mittelmeerabkommen würden jedoch nicht alle auf der Londoner Konferenz anwesend sein. Es werde zum Beispiel keine Regelung eines Mittelmeerabkommens ohne die Anwesenheit Spaniens möglich sein.

Politisches Schrifttum

Graf Witte

Wladimir v. Korostowetz: „Graf Witte, der Steuermann in der Not", ins Deutsche übertragen und bearbeitet von Heinz Stratz. Brückenverlag G. m. b. H., Berlin W. 35, 1929.

Graf Sergej Julijewitsch Witte, von deutscher Abstammung und am 29. Juli 1849 in Tiflis geboren, gehört zu den hervorragendsten Staatsmännern während der Regierungszeit des Zaren Nikolaus II. wie der zaristischen Herrschaft in Rußland überhaupt. Seine staatsmännischen Eigenschaften zeigte Witte während seiner langjährigen Tätigkeit als Finanzminister, während die kurze Zeit seiner Ministerpräsidentschaft nicht dazu hinreichte, größere Leistungen reifen zu lassen. Als Finanzminister war Witte auch Hauptdelegierter bei den Friedensverhandlungen mit den Japanern nach dem Kriege von 1904/05 in Portsmouth. Wittes Gedanken gingen auf ein umfassendes Bündnis der europäischen Festlandsmächte aus, um Englands Uebergewicht zu brechen und es für seine rußlandfeindliche Haltung zu strafen. Ein Verdienst Wittes war es, den russischen Haushalt in Ordnung gebracht zu haben. Er hat das Branntweinmonopol und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ins Werk gesetzt. Das war möglich, weil sich unter seiner Verwaltung die Ausfuhr an Getreide mächtig hob. Allerdings wurde gleichzeitig damit dem Volke die Brotfrucht verteuert und der Verbrauch eingeengt. In Deutschland erblickte Witte den natürlichen Bundesgenossen Rußlands, ohne deshalb von Frankreich abzurücken, weil dieses als Anleihegeber nicht zu entbehren war. Rußland, Frankreich und Deutschland sollten einen Block bilden. Allerdings erwartete Witte von Deutschland eine Gegenleistung: keine unbedingte Hilfeleistung an Oesterreich-Ungarn in den Balkanfragen. Mit diesen Gedanken hat sich Witte aber in scharfen Gegensatz zu den deutschfeindlichen Kreisen in Rußland gestellt.

Von Interesse ist Wittes Auffassung über die Abmachungen Kaiser Wilhelms II. mit Zar Nikolaus II. in Berkoe. Witte war bei den Verhandlungen selbst nicht zugegen. Man wollte ihm später bei einem Besuch in Rominten den Vertragstext zeigen, was Witte ablehnte. Er berichtet selbst darüber in seinen Memoiren und schreibt, daß ihm dann in Petersburg von Lambsdorff der Text vorgelegt wurde, worauf Witte sofort von derartigen Abmachungen abriet. Auf Wittes Veranlassung erließ der Zar am 30. Oktober 1905 die russische Verfassung. Am 1. November des gleichen Jahres wurde Witte Ministerpräsident, behielt diesen Posten aber nur kurze Zeit. Goremykin wurde im April 1906 sein Nachfolger. Witte hat auch den Handelsvertrag mit Deutschland im Jahre 1905 geschlossen.

Aus den politischen Gedankengängen Wittes heraus ist es verständlich, daß er sich von vornherein gegen den Krieg zwischen Rußland und Deutschland aussprach. Er starb am 13. März 1915 in Wilna, wo er einem Kongreß mit anderen Pazifisten beiwohnen wollte. Paléologue, der französische Botschafter in Petersburg, telegraphierte die Nachricht von Wittes Tod sofort nach Paris und fügte hinzu: „Mit ihm ist ein mächtiger Intrigenherd erloschen." (Man hat übrigens Wittes Tod der englischen Propaganda auf das Konto geschrieben, indem gesagt wird, ein englischer Zimmerkellner hätte durch Schließen der Ofenklappe in Wittes Zimmer dessen Tod durch Kohlengasvergiftung herbeigeführt. Gleich nach dem Attentat soll der Kellner verschwunden sein.) Die Beseitigung Wittes feiert Paléologue in geradezu zynischer Weise in seinen Aufzeichnungen zum 16. März 1915. An diesem Tage habe der Zar mit einem ironischen Blick zu ihm gesagt: „Und dieser arme Graf Witte — ich denke, meine liebe Exzellenz, daß Sie sein Verschwinden nicht allzu sehr betrübt hat." Paléologue habe geantwortet: „Gewiß nicht, Majestät, mit ihm ist ein mächtiger Intrigenherd erloschen." Der Zar habe hierauf ausgerufen: „Aber damit haben Sie ja meine eigenen Gedanken wiedergegeben; der Tod des Grafen Witte war mir eine große Erleichterung, ich habe darin auch ein Zeichen Gottes gesehen."

Ueber dieses Zwiegespräch berichtet auch Wladimir v. Korostowetz in seinem Buche: „Graf Witte, der Steuermann in der Not", das von Heinz Stratz ins Deutsche übertragen und bearbeitet worden ist. Das Buch verdient aufmerksame Beachtung auch in deutschen politischen Kreisen. Ueber den Verfasser ist kaum noch ein Wort zu sagen. Er hat schon in mehrfachen Arbeiten mit Erfolg den Versuch gemacht, die Zusammenhänge zwischen Vergangenheit und Gegenwart seiner russischen Heimat aufzudecken, ohne dort nur Licht oder nur Schatten zu sehen. Er zerstört manche Legende über das vorrevolutionäre Rußland und zeigt uns die russische Wirklichkeit, wie sie war. Und damit führt er zugleich den Beweis, weshalb in Rußland der Bolschewismus zur Herrschaft gelangen konnte. In Witte zeichnet uns Korostowetz den Mann, der mit klarem Blick die nahe Katastrophe kommen sah und bemüht war, das Steuer in die Hand zu nehmen, um das russische Staatsschiff in das Fahrwasser einer friedlichen Entwicklung zu lenken und vor lebensbedrohenden Gefahren zu bewahren. Korostowetz schildert jedoch nicht nur das Leben Wittes allein, sondern entwirft zugleich ein Gesamtbild von der ganzen Zeit und von ihrem Geist. Im Vorwort drückt der Verfasser den Wunsch aus, daß Wittes Vorsätze und seine vernünftigen, fortschrittlichen Ziele im zukünftigen, vom Bolschewismus gereinigten Rußland ihre Erfüllung finden mögen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß zur Erkenntnis der heutigen Vorgänge im bolschewisierten Rußland die Geschehnisse der vorhergehenden zaristischen Zeit klar durchschaut werden müssen. Zu diesem Studium gehört auch eine Durchforschung von politischen Charakteren, wie Witte einer war. Korostowetz' neue Arbeit wird diesem Vorgehen ein wichtiger Führer und Ratgeber sein.

O. M.

Die deutschen Universitäten

Ministerialdirektor Professor D. Dr. Richter hielt im Reichsklub der Deutschen Volkspartei einen Vortrag über die Lage der Wissenschaft und der Universitäten in Deutschland. Die Universitäten werden, so führte er aus, auch weiter im Brennpunkt der politischen Kämpfe stehen. Die schönen Tage sind vorüber, als die Hochschulen gewissermaßen eine Gralsburg, die Insel der Seligen für das ganze Volk waren. Heute sind sie nicht oder nicht mehr allein die Wortführer der Nation. Vielfach steht die akademische Jugend im scharfen politischen Gegensatz zu den gegenwärtigen Trägern der politischen Macht. Es sind im großen gesehen folgende Probleme, die heute sich aufdrängen: Der Wissenschaftsbegriff ist in der Umbildung begriffen, die Ueberspannung des Berechtigungswesens hat unabsehbare Massen an die Hochschule geführt, die Unterrichtsmethoden werden dadurch beeinflußt. Es kam die Reform der äußeren Organisation. In ihr spiegeln sich wider der Aufbau der Selbstverwaltung der Hochschulen, ihr Verhältnis zu Staat, Volk und Verwaltung. Der Ruf nach Trennung von Forschung und Lehre, so führte Ministerialdirektor Richter aus, müßte zur Fachhochschule führen. Das Massenproblem der Hochschule wird durch einige Zahlen erkennbar. 1911 gab es 69 000 Studenten, 1929 waren es 123 000; 1911 gab es 2264 Studentinnen, 1929 waren es schon 14 923 Frauen. Nach einer allerdings noch nicht ganz sicheren Untersuchung ist zu schätzen, daß wir in den nächsten vier Jahren jährlich bis zu 90 000 Akademiker zu viel haben.

Zusammenfassend kam der Vortrag zu dem Ergebnis, daß es eine Schicksalsfrage für den Bestand der historisch überkommenen liberalen Ideen sein werde, ob sich die Hochschule im heutigen Staat bewähre.

Stahl-Nachbaur, Morgan, Ginsberg u. a. Aber es blieben gesichtslose Schemen, woraus man den Schauspielern keinen Vorwurf machen kann.

Die Anhänger des Verfassers bereiteten jedoch der Aufführung einen außerordentlich starken Beifall, so daß Karl Kraus sich unzählige Male verbeugen mußte.

B. E. W.

Der politische Witz in Sowjet-Rußland

Von Eseln, fliegenden Bauern und Warenhäusern

Mitgeteilt von **Boris Brodsky**

Ein englischer Forscher, der seine Eindrücke über die Reise in Sowjet-Rußland veröffentlicht hat, betont die vollständige Machtlosigkeit der Sowjet-Regierung gegenüber der politischen Satire und der Volkswitze, die eine nie gewesene Verbreitung im heutigen Rußland gefunden haben. Sie ersetzen die unabhängige Presse, wie auch jede andere freie Meinungsäußerung. Der Witz, der Gassenhauer, das Volkslied dienen zum Ausdruck des Unwillens, der immer weiter um sich greift. Ein prominenter Leningrader Professor bedauerte neulich, keine Volksliedsammlung in Rußland erscheinen lassen zu können, ohne daß sie eine klar unterstrichene antisowjetistische Tendenz enthalten sollte.

Das gescheiteste, was die Sowjetmachthaber tun können, ist, über die Witze zu lachen. So lachte bekanntlich Lenin, als man ihm folgenden, jetzt klassisch gewordenen Witz erzählte. Der Schatten Karl Marx' wurde beauftragt, die verstorbenen Kommunisten im Himmel entsprechend ihren Verdiensten mit Orden zu belohnen. Unter anderen erschienen auch eines Tages das Pferd, die Kuh und der Esel, und verlangten nach Belohnung:

„Ich habe um die Revolution große Verdienste", sagte das Pferd, „ich habe den Transport gefördert und rote Generale ritten auf mir".

„Ich habe Sowjetkinder in den Hungerstagen mit Milch gespeist", erklärte die Kuh.

Aber den Orden des „himmlischen Roten Sternes" bekam dennoch der Esel, denn seine Verdienste um die Revolution waren unermeßlich — ohne Esel gäbe es in Rußland weder Kommunisten noch Revolution.

★

Auch der industrielle Fortschritt, den die Sowjetpresse prophezeit, entgeht dem Humor nicht. Folgende kleine Geschichte wird in Sowjetdörfern erzählt: Zwei Bauern begegnen miteinander. Es ist 1940, und beide sitzen selbstredend in ihren Flugzeugen.

„Wohin, Väterchen", fragt der eine.

„In das Dorf so-und-so".

„Was willst du dort?"

„Mich rechtzeitig an der Brotschlange anstellen".

Sehr typisch für die Psychologie des russischen Bauern ist auch folgende amüsante Anekdote:

Bei Kalinin, dem Oberhaupt der Sowjetunion, erschien eine Bauerndeputation, Kalinin, ein Arbeiter bäuerlicher Abstammung, pflegt mit den Bauern sich freundschaftlich zu unterhalten. Die Delegierten klagen ihm ihre bittere Not

„Sieh mal, wie wir aussehen, Genosse Kalinin. Kein einziges ganzes Kleidungsstück, abgerissen vom Kopf bis zum Fuß. Und so sind wir alle. Haben nicht mal was, um die Scham zu verhüllen . . ."

Kalinin zupfte an seinem Ziegenbärtchen.

„Ja, liebe Genossen, so schlimm ist es nicht. Die Neger in Afrika, die laufen überhaupt „nackt herum".

„So, — staunten die Delegierten, — ganz nackt, sagst du?! Die Sowjets sind dort wohl schon längst eingeführt?"

★

Aber nicht nur im Dorfe sind die Verhältnisse schlecht. Nicht viel besser geht es in den Sowjetstädten. Galgenhumor spricht aus folgender Anekdote, die mir neulich ein Moskauer Freund mitteilte. Der Witz geht in Moskau von Mund zu Mund. — Die Sowjetregierung will ein Warenhaus bauen, ganz nach dem letzten Stande der Technik. Ungefähr so wie Karstadt in Berlin oder der Pariser Laffayette. Die größte Neuerung wird sein, daß das ganze Warenhaus nur von einer Person bedient wird. Sie fragen, wie das möglich ist? Nun, sehr einfach. Dieser einzige Angestellte wird vor dem Eingang stehen und nur die Worte wiederholen: „Wir haben keine Ware! Wir haben keine Ware!"

★

Ueber die grundlegenden Aussichten der kommunistischen Politik macht sich folgende Anekdote lustig:

Zwei Freunde treffen sich nach langen Jahren in Moskau wieder.

„Wie geht es, alter Junge?"

„Danke für die Nachfrage. Gut. Bin in Stellung."

„In Stellung? Das ist fein! Was machst du denn?!"

„Ich bin Glöckner auf dem Iwan-Turm. Da habe ich zu läuten, wenn die Welt-Revolution ausbricht."

„Und was bekommst du?"

„50 Rubel monatlich."

„Das Gehalt ist wahrhaftig nicht groß, — aber dafür bist du wenigstens für alle Ewigkeiten versorgt . . ."

So spricht sich der Volksmund ungeniert über alles aus, was die geknebelte Presse verschweigen muß.

Unsichtbares Erbgut

Vortrag in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

Die Fragen der Erblichkeit geistiger Störungen, ihre Häufigkeit und Bedeutung für die Volksgesundheit sowie der Möglichkeit einer praktischen Auswertung dieses Wissens fanden gestern eine lichtvolle Behandlung in einem Vortrage des Münchener Forschers Professor Rüdin im Rahmen der Wintervorträge der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, deren Forschungsanstalt für Psychiatrie der Leitung des Redners untersteht. Der große Goethe-Saal des Harnack-Hauses war überfüllt.

An der Erblichkeit geistiger Erkrankungen kann heute nicht mehr gezweifelt werden, doch bedürfen Fragen dieser Art einer statistischen Behandlung; ob ein Kind geisteskranker Eltern selbst krank sein wird, darüber läßt sich nur eine Wahrscheinlichkeitsrechnung aufstellen. Rüdins Institut sucht auf dem Wege der Bildung eines umfassenden Erfahrungsmaterials, das sich möglichst auf den gesamten Wissenskreis der Erkrankten erstreckt, an diese Fragen heranzukommen und so eine praktisch verwertbare Vererbungslehre zu schaffen, die in einer, wie er es ausdrückt, empirischen Erbprognose gipfeln soll. Wichtiges ist heute schon erreicht.

So zeigte sich für den erblichen Veitstanz eine Durchschnittsvererbung von 50 Prozent der Kinder. Die gesunden Verwandten solcher Kranken dagegen sind auch von Vererbungsanlagen frei. Die sogenannten manisch-depressiven Irren vererben ihr Leiden auf 33 Prozent ihrer Kinder; daneben aber ist ein mindestens ebenso großer Prozentsatz der Nachkommen in anderer Weise geistig gestört. Bei der Schizophrenie (dementia praecox) findet man 9 bis 10 Prozent ebenso erkrankter Kinder, daneben aber 34—42 Prozent anderer geistiger Erkrankungen der Kinder, also insgesamt etwa 50 Prozent Abnorme. Aehnlich steht es bei der vererbten Epilepsie.

Ueberraschend wirkte die Mitteilung, daß auch die mit Krämpfen einhergehende Hysterie sich als vererblich gezeigt hat, und zwar erkranken rund 13 Prozent der Kinder. Bei allen den hier genannten Zuständen (mit Ausnahme des Veitstanzes) werden die Aussichten noch viel trüber, wenn beide Eltern geistig gestört sind. Aber auch für die Enkel und, wenn auch weniger stark, für Neffen und Nichten derartiger Kranker haben Rüdins Forschungen eine erbliche Belastung nachgewiesen. Leider teilte der Vortragende nicht mit, an einem wie großen Material seine Zahlen gewonnen worden sind. Die Paralyse dagegen kann nicht als vererbbare Geisteskrankheit bezeichnet werden. Bakterielle Ansteckung der Frucht im Mutterleibe wird von der Wissenschaft nicht als Vererbung betrachtet, sondern als Keiminfektion; sie ist natürlich möglich.

Die Frage, ob durch Alkoholismus eine erbliche Keimschädigung hervorgerufen wird, die lange Zeit hin und her diskutiert wurde, ist auch heute noch nicht endgültig gelöst. Sie wurde anfänglich auf ein falsches Gleis geschoben, da einige Forscher übersahen, daß Alkoholismus selbst meistenteils auf dem Boden einer bereits vererbten geistigen Minderwertigkeit entsteht.

Als Folgerung aus derartigen Erfahrungen ergibt sich, daß der Staat ein außerordentliches Interesse daran haben muß, Personen mit vererbter Geisteskrankheit und ähnlichen Störungen an der Fortpflanzung zu hindern, was sich z. B. durch Sterilisierung, die nicht mit Kastration verwechselt werden kann, leicht und ohne Schmälerung der Betroffenen selbst in ihren Lebensmöglichkeiten erreichen läßt. Die Förderung der Vererbung guter, erwünschter Anlagen ist nur die Kehrseite der Ausschaltung unerwünschter; werden die Kranken an Zahl vermindert, so ergibt sich neuer Raum für die Gesunden und Tüchtigen. Töricht und übel beraten wäre der Staat, der sich die deutlichen Erfahrungen der Wissenschaft auf diesem Gebiete nicht zu Nutzen machen wollte.

Nach dem Vortrag fanden sich die zahlreich erschienenen Gäste zu einem geselligen Zusammensein im gemütlichen Liebig-Gewölbe des Harnack-Hauses zusammen.

Dr. R. W.

Drei Schiffe ruhen im Nemi-See. Wie uns ein Eigenbericht aus Mailand meldet, hat im Institut für die Studien Roms Prof. Antonielli einen Vortrag über die Schiffe des Nemi-Sees gehalten. Er machte die überraschende Mitteilung, daß nicht zwei, sondern drei Schiffe auf dem Seeboden ruhen, und zwar soll das dritte, von dem man bisher keine Ahnung hatte, auf dem tiefsten Punkte des Sees liegen.

Zweiter Dichterabend des Verbandes deutscher Erzähler. Oskar Baum, Leonhard Frank und Lily Hohenstein ist der zweite Dichterabend des Verbandes Deutscher Erzähler gewidmet, der unter dem Titel „Der Liebesroman" am Donnerstag, dem 23. Januar 1930, 7,45 Uhr, im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses stattfindet.

Programm-Aenderung. Die für den 18. d. M. angesetzte „Fedora"-Premiere in der Städtischen Oper muß wegen Erkrankung von Frau Salvatini hinausgeschoben werden. Statt dessen findet eine Aufführung von Verdis „Rigoletto" statt mit Marguerite Perras, Hans Reinmar und José Riavez.

Im Theater in der Königgrätzer Straße findet am Donnerstag, dem 23. d. M., die Erstaufführung von Arthur Schnitzlers Komödie „Professor Bernhardi" in der Neuinszenierung von Victor Barnowsky mit Fritz Kortner in der Titelrolle statt. Es folgt dann die Uraufführung von Leo Lanias Drama „Gott, König, Vaterland".

Was sagt die Kriminalpolizei dazu?

Ein Alibibeweis der Brüder Saß?
Merkwürdiger Aktendiebstahl bei ihrem Verteidiger

Ueber ein merkwürdiges Erlebnis, das er mit der Saß-Affäre in Zusammenhang bringt, macht Rechtsanwalt **Müller-Stromeyer**, der Verteidiger der Brüder Saß, dem Berliner Gerichtsdienst eine Mitteilung, der wir folgendes entnehmen:

Dienstagnacht sei er nach einer ausführlichen Besprechung mit den Brüdern Saß in seinem Büro mit seinem Wagen zu einer Konferenz in der Friedrichstraße gefahren und anschließend nach der Dorotheenstraße zu einer Rücksprache, die ihn bis spät in die Nacht in Anspruch nahm. Seinen Wagen ließ er in der belebten Dorotheenstraße, Ecke Neue Wilhelmstraße, im Lichtkreis einer starken Laterne parken. Als er nach Hause fahren wollte, fand er **das Cabrioletverdeck des Wagens durchschnitten**. Aus dem Auto war **seine Aktentasche** mit wichtigen Akten und eine Decke geraubt, während andere nützliche Dinge im Wagen geblieben waren.

Der Anwalt erklärt, er habe das Gefühl, daß der oder die Täter nicht an der wertlosen Aktenmappe und an der Decke sich bereichern wollten, sondern daß es sich um „Wahrheitssucher" oder um „Belohnungsinteressenten" handelt, die in der dicken Aktenmappe seine Handakten in der Sache Saß vermuteten.

Rechtsanwalt Müller-Stromeyer macht weiter Mitteilung über einen Alibibeweis der Brüder Saß. Er habe, so schreibt er, bis jetzt zu der Angelegenheit vom Standpunkt der Verteidigung aus nicht Stellung nehmen können, da die Kriminalpolizei ihm während der Zeit der polizeilichen Inhaftierung Sprecherlaubnis mit seinen Mandanten verweigerte, — nach den gesetzlichen Bestimmungen übrigens mit gutem Recht. Seine Bemühungen hätten sich daher nur darauf erstrecken können, eine baldige Haftentlassung seiner Mandaten zu bewirken.

Nach der Rücksprache mit den Brüdern Saß könne der absolut einwandfreie Alibibeweis geführt werden, daß die Brüder Saß mit den zwei Männern, die von der Kriminalpolizei auf dem Friedhof beobachtet worden sind, nicht identisch sein können.

Aus gutem Grunde hätten die Brüder Saß es abgelehnt, mit diesem Entlastungsmaterial früher und vor Rücksprache mit ihrem Verteidiger vorzutreten. Sie haben nämlich befürchtet, daß durch die sicherlich gutgemeinten, aber manchmal einseitig eingestellten Ermittlungen sich das Entlastungsmaterial leicht in Belastungsmaterial verwandeln könnte. In der bewußten Nacht vom Donnerstag zum Freitag voriger Woche haben die beiden Saß zunächst von 7 bis ½9 Uhr das Ufa-Theater am Kurfürstendamm besucht. Die Eintrittskarten sind von der Kriminalpolizei später beschlagnahmt worden Von 9 bis etwa ½11 Uhr sind die Brüder Saß den Kurfürstendamm, die Wilmersdorfer Straße, die Bismarckstraße entlang und zurück bis zum Knie gebummelt und

haben noch von ½11 Uhr abends, also geraume Zeit vor der bekannten Friedhofsszene, ein Café am Knie besucht.

Einer der Kellner dieses Cafés erinnert sich mit Bestimmtheit beiden Männern, die in guter Kleidung waren, an diesem Abend bis etwa 12 Uhr nachts bedient zu haben. Die Brüder Saß behaupten weiter, daß sie dann zu Fuß bis zum Nollendorfplatz gegangen seien. Dort bestiegen sie einen Autobus der Linie 10, waren **Augenzeugen eines tödlichen Autounfalles** in derselben Nacht in der Nähe des Großen Sterns, fuhren bis Alt-Moabit Ecke Rathenower Straße und benutzten von dort die Straßenbahn 15 bis zur elterlichen Wohnung in der Birkenstraße, wo sie bei ihrer Ankunft verhaftet wurden.

Das angeblich vermißte **Motorrad** hat in der fraglichen Nacht unbenutzt in seiner Garage Lüneburger Straße gestanden, wo es sich noch heute befindet. Rechtsanwalt Müller-tromeyer erklärt schließlich noch, daß er diesen Alibibeweis, der durchaus stichhaltig erscheine, nunmehr **der Kriminalpolizei zur Nachprüfung übermitteln** werde.

*

Nachdem die Ergreifung der geheimnisvollen Stollengräber auf dem Luisenfriedhof einmal mißlungen war, hatte die Kriminalpolizei natürlich einen schweren Stand, den angeblich mit Bestimmtheit auf dem Friedhof erkannten Brüdern Saß irgend etwas nachzuweisen. Man muß gespannt sein, was die Polizei nun zu dem doch recht glaubhaft erscheinenden Alibibeweis sagen wird.

Karumidzes Verteidiger gegen die „Rote Fahne"

Tscherwonzenfälscher und Wiking-Bund

Zu Beginn der Donnerstagverhandlung kommt Rechtsanwalt **Ber** auf den Ueberfall auf seinen Mandanten Karumidze zu sprechen und teilt mit, daß Karumidze persönlich den Zwischenfall für erledigt hielten: er sei Politiker und wisse, daß er solchen Angriffen ständig ausgesetzt sei. Unter allgemeiner Bewegung gibt Rechtsanwalt Ber weiter bekannt, daß nach ihm gewordenen Mitteilungen Gerichtsberichterstatter der „Roten Fahne", die hier im Saale zugelassen wären, **zu diesem Ueberfall aufgefordert** und die Angreifer noch ermutigt hätten.

Oberstaatsanwalt Tetzlaff bittet, diese Erklärungen in dem bereits anhängig gemachten Ermittlungsverfahren zu Protokoll zu geben und dabei die betreffenden Berichterstatter **mit Namen zu nennen**. Im übrigen sei von jetzt ab zu den Verhandlungen im Tscherwonzenprozeß der polizeiliche Schutz verstärkt worden.

Als erster Zeuge wird der kaufmännische Leiter des Ingenieurbüros vernommen, in dem Dr. Becker als technischer Leiter und Bell als Angestellter arbeiteten. Der Zeuge **Döderlein** stellt dem Angeklagten Bell, der in seiner Stellung verhältnismäßig gut verdiente, im allgemeinen ein günstiges Zeugnis aus. Er war persönlich befreundet mit Bell, bis sich zum Schluß ihrer Zusammenarbeit Differenzen einstellten, an deren Grund der Zeuge sich heute nicht mehr erinnern kann. Jedenfalls habe es sich dabei nicht um Geldangelegenheiten gehandelt. Bell der sich im Prozeß als Sozialdemokrat bezeichnet hat, hat nach Ansicht des Zeugen den Hitlerkreisen nahegestanden. Seine Stellung hat Bell dann ohne vorherige Benachrichtigung ganz plötzlich verlassen.

Die Gründe, die zum Ausscheiden des Angeklagten Dr. Becker aus dem Ingenieurbüro geführt haben, waren, daß der Firma die Spesenrechnungen Dr. Beckers zu hoch erschienen. Nach seinem Fortgang hat der Angeklagte **mehrfach kleinere Darlehen** von dem Zeugen angenommen, so daß Döderlein den Eindruck erhielt, es ginge Dr. Becker schlecht.

Der nächste Zeuge, der Bilderhändler **Kilian** aus München, wird zunächst unvereidet vernommen, da er nach dem Ergebnis der Voruntersuchung sich mehrfach bemüht hat, Dr. Becker bei dem Absatz der Tscherwonzen behilflich zu sein. So ist er u. a. mit Frau Dr. Zipze zusammen nach Berlin gefahren. Der Zeuge verwickelt sich bei seiner Vernehmung **mehrfach in Widersprüche** und wird vom Vorsitzenden zur Wahrheit ermahnt. Er hat z. B. für Frau Dr. Zipze sechs Wochen lang ihre Rechnungen im Hotel Excelsior bezahlt und gibt an, das sei deswegen geschehen, weil Frau Dr. Zipze für ihn Bilderverkäufe vermitteln wollte. Die Zeugin hat aber bei ihrer kommissarischen Vernehmung ausgesagt, sie habe von Kilian Geld erhalten, weil sie **in der Tscherwonzen-Angelegenheit bemüht** gewesen sei, und Dr. Becker erklärt jetzt, er habe an Kilian für dessen Vermittlungen in der Tscherwonzen-Angelegenheit eine größere Summe gezahlt, was der Zeuge zugeben muß. Nach erneuter Vernehmung des Vorsitzenden leistet er den Nacheid.

Der Zeuge Kaufmann **Rosch** ist von Frau Dr. Zipze dafür gewonnen worden, Tscherwonzen in Sowjetkreisen zu verkaufen, u. a. hat er die Tscherwonzen auch Mitgliedern der russischen Botschaft zum Kauf angeboten — ein Beweis dafür, daß der Zeuge selbst sie **für echt gehalten** hat. Ein Beamter der Botschaft, **Kresowsky**, habe auch wirklich 15 Tscherwonzen gekauft auf die Auskunft hin, daß Dr. Becker sie als Provision aus einem englischen Geschäft erhalten hätte. Rosch hat auch die Verbindung zu den bereits vernommenen Zeugen Anix und Ginsberg hergestellt.

Angeklagter Becker: Ich bitte, den Zeugen zu fragen, ob er nicht durch Frau Dr. Zipze von mir **250 Mark Provision erhalten hat.**"

Zeuge: Frau Dr. Zipze hat mir kein Geld gegeben.

Vorsitzender: Dann haben sie also ganz umsonst gearbeitet?

Zeuge (lächelnd): Nein, nicht umsonst; ich bin dafür nachher **einen Tag in Haft behalten** worden. (Allgemeine Heiterkeit.)

Der Bankier **Strobl** aus München und sein Prokurist **Bang** bekunden, daß Dr. Wurmbach und Dr. Becker bei ihnen ein versiegeltes Paket mit Tscherwonzen gegen Quittung hinterlegt hätten. Beide Herren hätten Verfügungsberechtigung über das Paket gehabt. Dr. Becker hat kurz vorher gegen Bürgschaft von Dr. Wurmbach ein **Darlehen von 1500 Mark** von der Bank erhalten. 14 Tage später wollte er wieder ein Darlehen haben. Aber da Dr. Wurmbach keine neue Bürgschaft leisten wollte, zerschlug sich das Geschäft. Das Geld hat übrigens Dr. Becker noch nicht an seinen Bürgen zurückgezahlt.

Der Zeuge v. **Overnitz**, Offizier a. D. und Vertreter chemischer Fabriken, war der Geschäftsführer des Wiking-Bundes und mit Bell durch gemeinsame politische Interessen in Verbindung gekommen.' Der Zeuge charakterisiert die politische Einstellung des Angeklagten folgendermaßen: „Bell tauchte überall da auf, wo etwas los war. Aber gebunden hat er sich nirgends." Von welchen rechtsgerichteten Kreisen und für welche Zwecke Bell Geldmittel erhalten hat, weiß der Zeuge nicht. Er hat nur von den 15 000 Mark erfahren, die Dr. Wurmbach hergegeben hat. Er hat Bell auch niemals nach seinen Geldquellen gefragt: „Es war doch damals ein **Massenbetrieb in Freiheitsbewegungen**, und es wurde über Geldquellen nicht gesprochen, weil jede natürlich Interesse daran hatte, möglichst viel für sich zu bekommen." (Heiterkeit.) Ueber seine geplante Balkanreise hat Bell dem Zeugen gesagt, „dort ist eine günstige Sache, die ins Politische spielt und bei der viel Geld zu verdienen ist".

Der Zeuge v. Overnitz hat übrigens mit Sabathieraschwili und Becker einmal eine Besprechung gehabt: Die Tscherwonzen, die Wurmbach und Becker später bei Strobl deponierten, sind in Overnitz' Wohnung gezählt, verpackt und versiegelt worden. v Overnitz **behielt als Treuhänder die Quittung** und es wurde abgemacht, daß außer Wurmbach und Becker auch Sabathieraschwili seine Zustimmung geben müsse, wenn die Noten behoben werden sollten. An diese Abmachung, von der die Bank nichts wußte, haben sich Wurmbach und Becker jedoch nicht gehalten, sondern selbständig das Paket geöffnet und ihm Noten entnommen.

Jahrestagung des Evangelischen Bundes

Die Jahrestagung des Berliner Hauptvereins des Evangelischen Bundes, die auf Einladung des Lichtenberger Kreisvereins in **Lichtenberg** stattfand, stand im Zeichen der bevorstehenden Aufgaben des Bundes für das Jahr 1930. Pfarrer **Ohagen** legte in seinen Ausführungen im geschäftlichen Teil der Tagung die Hauptaufgabe in die lebendige Verbindung der Zweigvereine mit dem Ganzen, wodurch die Werbekraft des Bundes erhöht und die dreifache Front gegen die Sekten, die Uebergriffe Roms und das Freidenkertum gestärkt werde. Pfarrer **Violett** sah das Hauptarbeitsgebiet des Bundes in den drei Richtlinien: Anschluß an die kommunale Arbeit, Erweiterung der Pressetätigkeit im evangelischen Sinne und Gründung eines evangelischen Beamtenvereins, der im inneren und äußeren Interesse der protestantischen Beamtenschaft zu wirken habe. In seinem Vortrag trat die Forderung hervor, der Oeffentlichkeit zu zeigen, daß Protestantismus mehr denn je eine Macht sei.

Die anschaulichen Bilder vom Kampf im deutschen Osten, die Pfarrer **Ahlemann** in seinem Vortrag „Um die deutsche Scholle — um evangelische Seele" entwarf, betonen die deutsche evangelische Grundüberzeugung der Versammlung.

Die Kündigungen bei der Stadt Berlin

Sowohl bei den einzelnen Bezirksämtern als auch bei der städtischen Zentralverwaltung sind zur Zeit nicht unerhebliche Kündigungen, hauptsächlich von **Angestellten**, im Gange, und zwar rechnet man damit, daß es sich um **ungefähr 1000 Kündigungen** handeln wird, die das Personal betreffen, das durch die Sparmaßnahmen des Magistrats vorläufig überflüssig geworden ist. In der Hauptsache ist diese Maßnahme eine Folge der Einstellung der städtischen Bautätigkeit, darüber hinaus aber auch der sonstigen Einschränkungen auf den verschiedensten Gebieten, besonders bei der Aufstellung statistischer und wirtschaftspolitischer Berichte, wie überhaupt bei der Drucksachenverbreitung.

Wieder eine Vergnügungsstätte geschlossen

Die Krise im Vergnügungsgewerbe ist immer noch im Wachsen. Mittwoch abend mußte das erst vor kurzem eröffnete **Tanzrestaurant „Broadway"** im Hause der früheren „Valencia" in der **Kantstraße 8** geschlossen werden.

Die Eigentümerin, die Firma Richard Heinroth, G. m. b. H., deren Anteile im wesentlichen der leitende Direktor **Ernst Kluge** besitzt, ist bereits seit einigen Tagen in **Zahlungsschwierigkeiten**. Kapellmeister Eric Borchardt bekam für den Sonntag keine Gage und stellte noch am gleichen Tage seine Tätigkeit ein. Auch mit der Ersatzkapelle entstanden Schwierigkeiten, die nun zur Schließung führten. Die Wiedereröffnung auf neuer Basis ist zum 1. Februar geplant.

Grubenunglück bei Beuthen

rit. Beuthen, 16. 1. (Eigenbericht)

Durch eine Erderschütterung ging gestern nachmittag auf der **Heinitzgrube** der Bergwerksgesellschaft Georg v. Gieſches Erben eine Strecke und Pfeiler zu Bruche. Durch die niedergehenden Kohlenmassen wurden **drei Bergleute erschlagen**. Ein Grubenmaurer wurde auf freier Strecke durch das niedergehende Gestein vom Tode ereilt Außer diesem konnten bereits heute mittag zwei Tote aus dem großen Kohlenhaufen geborgen werden. Zwei weitere Bergleute liegen noch darunter, der eine ist ebenfalls erschlagen. Der andere ist etwa zehn Meter von den unausgesetzt arbeitenden Rettungsmannschaften entfernt und kann sich bereits **durch Rufen verständigen**. Er klagt über schlechte und stickige Luft, und seine Rufe werden immer schwächer Die Rettungskolonne hofft trotzdem, ihn lebend bergen zu können. Zwei Bergleute wurden bei dem Unglück schwer verletzt, einige weitere leicht. Im ganzen waren 22 Mann durch das die Strecke verschüttende Geröll und Gestein abgeschlossen.

Der Leiter der Zentralstelle für Grubenrettungswesen, Professor **Woltersdorf**, fuhr sofort mit einer Grubenrettungskolonne in die Grube ein. Bis 8 Uhr abends waren 10 Mann unverletzt und sechs leicht geborgen. Das Unglück ist auf **tektonische Ursachen** zurückzuführen, d. h. auf eine Schichtverschiebung in der Erdrinde.

Der Vortrag von Professor **Dibelius** „England und Deutschland" wird am Sonnabend, den 18. d. M., 8 Uhr abends, im Universitätsnebengebäude, Dorotheenstraße 6, wiederholt. — Am 21. d. M., 8 Uhr, spricht an derselben Stelle Professor **Dresdner** (Berlin) über „Städte und Stadtbau in England".

*

Der diesjährige **Ball der Oesterreicher** findet am Sonnabend, 18. d. Mts. in den Gesamträumen von Kroll unter dem Protektorat des österreichischen Gesandten Dr. Frank statt. Dem Protektoren-Komitee gehören weiter zahlreiche Reichs- und preußische Minister an. Im Rahmen des Balles wird eine musikalische Akademie veranstaltet, für die sich in Anbetracht des wohltätigen Zweckes Frau Kammersängerin Vera Schwarz und Kammersänger Richard Tauber sowie Franz Lehár zur Verfügung gestellt haben.

*

Auf dem Kostümball „**Im Reiche der Reklame**" am Sonnabend, 18. d. M., im „Zoo" ist für alle Spitzenleistungen gesorgt: Tanzmusik Dajos Béla, Kermbach, Weintraubs Syncopators usw., Damen- und Herrenspenden, künstlerische Dekorationen. Kein Kostümzwang (2 Mark für Notkostümierung). Saalkarten 10 Mark bei Wertheim, Tietz, Invalidendank, Bote & Bock und im Festbüro Unter den Linden 59a. Dort auch Logenkarten 15 Mark und 20 Mark.

Die geheimnisvolle Dollardruckmaschine

Zwei ausländi'che Gauner in Berlin verhaftet

Eine Bande von raffinierten Schwindlern, denen gutgläubige Leute große Summen geopfert haben, hatte schon vor zwei Jahren die Kriminalbehörden beschäftigt. Die Betrüger hatten ihren Opfern vorgespiegelt, daß sie mit einem von ihnen konstruierten Apparat imstande seien, **Dollarnoten in beliebiger Anzahl** herzustellen. Durch diesen Trick haben sie seinerzeit einem Berliner Kaufmann aus dem Zentrum 50 000 Mark und einem anderen aus dem Westen 30 000 Mark abgenommen. Eine Anzeige der Geschädigten wußten sie dadurch zu verhindern, daß sie den Glauben erweckten, es handele sich um eine großzügige Falschmünzerei.

Diese Betrügergesellschaft war jetzt wieder in Berlin aufgetaucht und ist am Mittwochabend festgenommen worden.

Die Hauptbeteiligten sind der 46 Jahre alte Pole Simon Komarowsky und der 41 Jahre alte Rumäne Greniuo.

Auf Grund einer Anzeige, die ein mißtrauischer Mann machte, gelang es Kriminalkommissar **Lissigkeit**, mit den „Dollarfabrikanten" in Verbindung zu kommen. Nicht wissend, wen sie vor sich hatten, erboten sie sich, ihm ihren Apparat an einer vereinbarten Stelle vorzuführen. Zu ihren Requisiten gehörten ein Inhalierapparat, ein **Plätteisen**, viele Flaschen mit Säuren und anderen Flüssigkeiten, ein Spirituskocher, Gummihandschuhe usw. Das alles bauten sie sorgsam auf. Dann wurde eine echte Dollarnote zwischen dünnes Seidenpapier gelegt und mit Hilfe eines Apparates davon zunächst ein Negativ hergestellt. Durch Abklatsch wurde dieses Negativ **in ein Positiv verwandelt**. Im Inhalierapparat wurde die Note getrocknet und gebügelt und plötzlich erschien dann eine zweite Note, die aber eine andere Nummer als die erste trug. So mußte der Interessent glauben, daß es sich in der Tat um ein neues Verfahren handelte.

In Wirklichkeit nützten die Schwindler einen Taschenspielertrick, um außer der einen Note in dem Seidenpapier eine zweite mit anderer Nummer in gefaltetes Fließpapier einzuschmuggeln, die dann als ihr Fabrikat galt.

Bei der Vorführung am Mittwochabend war der Trick bemerkt worden und die Gauner wurden festgenommen. Jetzt gaben sie alles zu und erklärten ihr Fiasko damit, daß **die Deutschen ihnen zu schlau seien**.

Auch über ihre früheren Machenschaften gaben sie nun Auskunft. Merkten sie, daß ein Interessent stutzig wurde, so hielten sie ihm z. B. eine Flasche entgegen, die angeblich ein fabelhaftes Elixier enthalten sollte. Tatsächlich war Aether darin, **der Mißtrauische wurde betäubt**, die Schwindler plünderten ihn aus und verschwanden mit ihren Apparaten, noch ehe er wieder zu sich kam Auf diese Weise haben sie auch 1928 die großen Summen erbeutet.

Der 23jährige Chauffeur Otto **Knochenhauer** wurde heute in der Garage eines Kohlenplatzes in der **Yorkstraße** von seinem eigenen Traktor, der sich beim Ankurbeln plötzlich in Bewegung setzte, **totgedrückt**.

Lehren der Papageienkrankheit

Von **Dr. W. Lentz**, Berlin

Nach einer Meldung der „DAZ" wurde im Hauptausschuß des Preußischen Landtags zur Verhinderung einer Weitverbreitung der Papageienkrankheit die Verfügung eines Einfuhrverbotes für Papageien erwogen. Vereinzelte deutsche Länder haben bereits solche Verbote erlassen. Eine solche Maßnahme ist meines Erachtens nicht erforderlich, da andere Mittel zur Verhütung einer Ausbreitung der Infektion gegeben sind.

Es muß im allgemeinen als eine Ausnahme angesehen werden, wenn Tierkrankheiten auf den Menschen übertragbar sind, da in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle die einzelnen Krankheiten bei den Tieren sogar auf die einzelne Tierart beschränkt sind. Trotzdem ist bei dem Umgang mit Tieren, wie z. B. auch in der letzten Zeit die Fälle von **Papageienkrankheit beim Menschen** gezeigt haben, gewisse Vorsicht geboten.

In erster Linie verdient in dieser Hinsicht Erwähnung die **Tuberkulose**. Es darf zwar als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, daß es drei verschiedene Typen von Tuberkelbazillen gibt, Menschen-, Rinder- und Geflügeltuberkelbazillen, und doch ist bei diesen drei verschiedenen Arten keine grundsätzliche Trennung in bezug auf die Infektiosität zu beobachten. So sind z. B. auch beim Menschen tuberkulöse Infektionen beobachtet worden, die durch Rinder- bzw. Geflügeltuberkelbazillen verursacht worden sind. Als Infektionsquellen würden in der Regel Milch von Kühen mit Eutertuberkulose bzw. Eier tuberkulöser Hühner in Frage kommen. Abkochen der Milch und Kochen der Eier (sechs Minuten) schließen die Gefahr einer Uebertragung aus. Die an sich weniger gefährliche Hauttuberkulose wird häufiger beobachtet bei Melkern und Schlächtern. Durch den Genuß roher Milch kann außer der Tuberkulose noch eine andere Infektionskrankheit, die zur Zeit sehr verbreitet ist, übertragen werden, die **Maul- und Klauenseuche**, die sich beim Menschen in der Hauptsache in einer Erkrankung der Mundschleimhaut äußert, jedoch durch Auftreten von Begleit- und Nachkrankheiten selbst zum Tode führen kann.

In neuerer Zeit hat unter den heimischen Rinderbeständen der **gelbe Galt** oder die **Streptokokken-Mastitis** an Ausdehnung in erschreckender Weise zugenommen, so daß in erhöhtem Maße für den Menschen, besonders für Kinder, die Gefahr besteht, bei dem Genuß infizierter Milch sich Gesundheitsschädigungen in Form von Darmkatarrh und Angina zuzuziehen. Der Genuß der Milch von Kühen, die an gelbem Galt leiden, ist daher im rohen und gekochten Zustand für Mensch und Tier verboten.

Das vermehrte Auftreten von **Abortus-Bang-**Infektionen bei unseren Haustieren hat gleichfalls zu Infektionen beim Menschen geführt, indem einerseits Tierärzte sich bei der Behandlung, andererseits Menschen durch den Genuß von Milch abortuskranker Tiere infizierten und jahrelang an den Folgen dieser Ansteckung litten.

Gefährlicher in ihrer Art ist eine weitere Infektionskrankheit, die auch hauptsächlich beim Rind vorkommt, der **Milzbrand**. Die Uebertragung kann durch den Genuß von Fleisch milzbrandkranker Tiere erfolgen oder auch schon durch die Berührung allein mit milzbrandkranken Tieren oder Teilen solcher Tiere, sofern die betreffenden Personen offene Wunden haben. Auch durch die Benutzung von Rasierpinseln, bei denen Borsten **ausländischer Schweine** Verwendung gefunden haben, sind Milzbrandinfektionen verursacht worden. Durch umfangreiche Maßnahmen wird zur Zeit versucht, auch diese Infektionsquelle zum Versiegen zu bringen.

Von auf den Menschen übertragbaren Krankheiten des Schweines ist besonders der **Rotlauf** zu erwähnen. Infektionen kommen gelegentlich bei Tierärzten vor, und zwar durch Verletzungen mit der Kulturspritze bei Ausführung der Schutzimpfung gegen Rotlauf. Auch bei der Schlachtung und Zerlegung rotlaufkranker Schweine können Infektionen sich ereignen.

Eine in Deutschland äußerst selten vorkommende Infektionskrankheit des Pferdes, der **Rotz**, hat besonders im Kriege viele Opfer unter den Menschen gefordert. Der Krieg bringt bekanntlich stets eine erhöhte Seuchengefahr, besonders wenn die Durchführung der Seuchenbekämpfung bei den kriegführenden Parteien nicht den Anforderungen der Neuzeit entspricht. Nur so war es auch möglich, daß die deutschen Pferdebestände in Rußland und vor allem auf dem Balkan einer Rotzinfektion in erhöhtem Maße ausgesetzt waren und auf diese Weise auch Krankheitsfälle von Rotz beim Menschen und Todesfälle häufiger zur Beobachtung kamen.

Die Uebertragungsmöglichkeit der **Tollwut** auf den Menschen darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Besonders gefährdet sind in dieser Hinsicht die an Polen und die Tschechoslowakei grenzenden Bezirke des Reiches. Die Ansteckung erfolgt in der Regel durch den Biß wutkranker Hunde.

Von parasitären Krankheiten, die auf den Menschen übertragbar sind, verdient die **Räude**, die bei allen unseren Haustieren vorkommt, besondere Erwähnung. Die Räude hat vor allem auch im Kriege unter dem Pferdepersonal räudekranker Pferde verheerend gewirkt.

Von Wurmkrankheiten ist durch den Umgang mit Hunden die **Echinokokken- oder Blasenwurmkrankheit** auf den Menschen übertragbar. Außerdem können beim Menschen Erkrankungen an **Bandwürmern und Trichinen** auftreten nach dem Genuß von finnigem bzw. trichinösem Fleisch. Derartige Erkrankungen haben auf Grund der strengen Fleischbeschau, wie sie bei uns durchgeführt wird, sehr abgenommen und dürfen als überaus seltene Krankheiten bezeichnet werden. In früheren Jahren dagegen, vor Einführung der Trichinenschau, war die Trichinosis besonders häufig, ohne daß das Leiden genau erkannt wurde. Zum Schutz gegen derartige Erkrankungen wurde beispielsweise den Juden durch ihre Religion der Genuß von Schweinefleisch allgemein verboten.

Bei strenger Beachtung der veterinärpolizeilichen Maßnahmen, die von den Betroffenen, z. B. bei der Hundesperre in den letzten Monaten, nur ungern befolgt werden, und der fleischbeschaulichen Bedingungen ist bei uns die Gewähr gegeben, daß die dem Menschen drohenden Gefahren einer Infektion mit Tierkrankheiten **auf ein Mindestmaß reduziert** werden. Dafür spricht auch die Tatsache, daß vielen derartigen Erkrankungen Uebertretungen der angeordneten Maßnahmen zugrunde lagen. Strengste Beachtung aller hygienischer Maßnahmen, mögen sie auch dem Laien oft zu weitgehend und übertrieben ängstlich erscheinen, liegt daher im eigensten Interesse der Menschen.

Wie wird das Wetter?

Für Berlin und Umgegend

Zeitweise heiter, vielfach Morgennebel, Temperaturen niedriger als bisher, besonders nachts, ziemlich schwache Luftbewegung.

Für das Reich

Nur im Alpenvorland und in den Alpentälern noch trübe und regnerisch, sonst ruhiges, heiteres bis nebliges Wetter, Temperaturen allgemein etwas niedriger.

Barometer		Thermometer	
8 Uhr morgens:	766,4	8 Uhr morgens:	6 Grad
12 Uhr mittags:	768,6	12 Uhr mittags:	6 Grad

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Walter **Wedel**; für den Volkswirtschaftlichen Teil: Dr. P. J. **Kastenholz**; für den Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: Hanns **Ingenleuf**; Verlag: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt A. G., Ritterstr. 50. Druck: Wilhelm Greve Aktiengesellschaft, Ritterstr. 50, sämtlich Berlin.

Schluss der Börse:

Lustlos und schwächer

Auch später bröckelten auf sämtlichen Terminmärkten die Kurse weiter ab, indem die Spekulation ihre Engagements zu verringern suchte. Am Elektromarkt gingen gegenüber den Anfangskursen Siemens um 2½ auf 306½, AEG um 2 auf 172¾, Bergmann um 3 auf 212, Licht u. Kraft um 2½ auf 166½, Gesfürel um 2½ auf 168, Schuckert um 2⅛ auf 193½, RWE um 2½ auf 193 zurück Am Montanmarkt bröckelten Köln-Neuessen auf 116¼, Rheinische Braunkohlen auf 253½, Deutsche Erdöl auf 107½, Phönix auf 105¾, Ver. Stahl auf 105¾ und Rheinstahl auf 118½ ab. Salzdetfurth büssten 6 % ein, 342 und Aschersleben 4 %, 206. Von sonstigen Industrieaktien standen nach ½2 Uhr Karstadt 141¾, Farben 182½, Dessauer Gas 169¾, Schubert u. Salzer 213¼, Conti-Caoutchouc 153¼, Stöhr 117½, Bayerische Motoren 81, Holzmann 100, Orenstein 77, Schultheiss 279, Aku 130, Bemberg 175. Am Bankenmarkt schwächten sich Reichsbankanteile auf 297, Danatbank auf 240½ ab. Auch Schiffahrtswerte lagen schwächer, Paketfahrt und Lloyd je 107½.

Bis zum Schluss setzten sich die Kursabbröckelungen bei ruhigem Geschäft der Spekulation fort. Man schloss fast durchweg mit niedrigsten Tageskursen.

Sheultheiss 279, Orenstein 77, Salzdetfurth 341¼, Aschersleben 205, Phönix 105¼, Ver. Stahl 105¾, Bemberg 175, Aku 129½, Rheinstahl 117¾, Paketfahrt 106½, Lloyd 106¼, Danatbank 240⅛, Reichsbank 297½, Otavi 57¼, Holzmann 99½, Stöhr 117, Karstadt 141⅜, Köln-Neuessen 116½, Schuckert 191⅛, Gesfürel 167½, Licht u. Kraft 166, Siemens 2306, AEG. 172⅝.

6% Reichsschuldbuchforderungen mit Zinsberechnung.

Berliner Freiverkehr vom 16. 1. 30

Fäll. 1930 ...	—	Fäll. 1937 ..	76,25—77 37	Fäll. 1943 ...	69,87—70 87
„ 1931 ...	—	„ 1938 ...	73,87—74,62	„ 1944 ...	69,37—70,37
„ 1932 ...	90 87—91 87	„ 1939 ...	73 12—74,25	„ 1945 ...	69,12—70,12
„ 1933 ...	87,87—88 87	„ 1940 ...	72,25—73,37	„ 1946 ...	—
„ 1934 ...	84,5 85 37	„ 1941 ...	71,25—72,37	„ 1947 ...	68,87—69,87
„ 1935 ...	82,75—83,62	„ 1942 ...	70,87—72	„ 1948 ..	68,12—69,87
„ 1936 ..	79,25 - 80,25				

Getreide rückgängig

Berliner Produktenbörse. 16. Januar

Amtliche Notierung der Mittagsbörse ab Station

f. 1000 kg	16. 1.	15. 1.	f. 1000 kg	16. 1.	15. 1.
Weizen märk.			Roggen märk. 73-74 kg	—	—
76—77 kg...	245—248	246—249	Gerste Brau-	180 195	180—195
77—78 kg...	—	—	Gerste Futter-	162—170	162—170
78—79 kg...	247—250	248—251	Hafer märk.	135—143	138—146
78 kg	—	—	Mais Berlin	172	173
80—81 kg ..	—	—	„ Rumänien......	155	153
82 kg	—	—	für 100 kg Mehl 70		
85 kg	—	—	Weizen	29,75 -35,25	30,00-35,50
Roggen märk.			Roggen	21.75- 25,25	22.25-25,50
2kgDurchsch	156—157	158—159	Weizenkleie	10,25- 10,75	10,25-10 75
			Roggenkleie	8 75 9 25	9 00 9 50

Die Auslandsberichte lauten im allgemeinen wieder schwach, und die Cifforderungen sind herabgesetzt. Das Inland hält zu den gegenwärtigen Notierungen mit promptem Weizen zurück, hat aber im Zeithandel manche Verkaufs- und Begleichungsaufträge gegeben. Für Roggen war infolge des erneuten Rückganges der Preise und der sich besonders gestern Nachmittag ausprägenden flauen Tendenz das Verkaufsangebot vergrössert, und die Unternehmungslust noch vorsichtiger als bisher geworden. Heute zeigte sich infolge des Preisrückganges ein schwieriger Einkauf bei der ersten Hand, während von der zweiten promptes Material dauernd angeboten war. Im Zeitgeschäft waren die Kurse wieder niedriger bei leicht schwankender Tendenz. Für Hafer zeigte sich an der Küste wieder reichliches Angebot und auch hier war gegenüber der vorsichtigen Kauflust das Material genügend. Gerste wenig verändert. Die geringen Qualitäten von Gerste und Hafer werden zahlreich verschrotet und drücken im Verein mit den niedrigen hiesigen und polnischen Kleiepreisen auch auf Roggen. Mehl matt.

Notierungen am Frühmarkt. (Alles per 1000 kg ex Waggon oder frei Wagen in Reichsmark.) Hafer, guter 174 bis 190, mittel 162—173, Wintergerste 185—190, Sommergerste 186—196, Futterweizen 262—266, Platamais 177—180, Plata-Cinquantinmais 205—210, Markt-Cinquantinmais 186—190, Futtererbsen 230—240, Taubenerbsen 295—305, Peluschken 250—265, Ackerbohnen 250—260, Wicken 280—290, Torfmelasse 97—100, Roggenkleie 102—108, Roggen-Bollmehl 123—126, Weizenkleie 120—130, Weizen-Bollmehl 126—132.

Berliner Devisennotierungen

Diskont in Klammer	16. Januar Geld	16. Januar Brief	15. Januar Geld	15. Januar Brief	Diskont in Klammer	16. Januar Geld	16. Januar Brief	15. Januar Geld	15. Januar Brief
Buen. Aires	1,661	1,665	1,675	1,679	Prag (5)	12,366	12,38	12,372	12,392
Japan (5,48)	2,058	2,062	2,057	2,061	Schweiz (3½)	80 89	81 04	80,94	81,10
Konstant.	1,977	1,981	1,978	1,982	Bulgar. (10)	3,027	3,043	3,037	3,043
London (5)	20,359	20,399	20,359	20,399	Spanien (5½)	55,69	55,81	55,34	55.46
N. York (4½)	4,18[illegible]	4,1[illegible]	4,1815	4,1895	Stockh. (4½)	112,28	112,50	112,25	112,47
Rio de Jan.	0,458	0,46	0,458	0,46	Budap. (7½)	73,15	73,29	73,15	73,29
Amstd. . (4)	168,11	168 4[illegible]	168,16	168,50	Wien .. (7½)	58,83	58,95	58,80	58,92
Brüssel (3½)	58,24	58 3[illegible]	58,25	58,37	Athen .. (9)	5,435	5.445	5,44	5,45
Oslo .. (5)	111,77	111 9[illegible]	111,7[illegible]	111,98	Kanada ...	4,136	4,144	4,138	4,146
Danzig . (6)	81 32	81 48	81,36	81,52	Uruguay ..	3,856	3,86[illegible]	3,856	3,864
Helsingf. (7)	10,506	10,526	10,502	10,522	Kairo	20,88	20,92	20,88	20,92
Italien (7)	21.88	21,92	21,89	21,93	Island	92,06	92,24	92,03	92,21
Jugosl. (6)	7 384	7 398	7,39	7,404	Tallinn. (7)	111,69	111,91	111,69	111,91
Kopenh. (5)	111,9[illegible]	112,1[illegible]	111,88	112,10	Riga ... (6)	80,56	80,72	80,56	80,72
Lissabon (8)	18,79	18,83	18,79	18,83	Bukarest (9)	2 49	2,494	2,488	2,492
Paris .. (3½)	16 43	16 47	16 43	16 47					

Reichsbankdiskont 6½ %

Liverpooler Weizennotierungen, 16. 1. März Eröffnung 9,1¼ bez., Mittag 9,1⅜ Wert, Mai 9,4⅜ bez., 9,4⅜ Wert, Juli —, 9,6⅛ Wert. Tendenz: Eröffnung willig, Mittag fest.

Amtliche Berliner Eiernotierungen, 16. 1. Die Preise verstehen sich in Reichspfennige je Stück ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 g 16½, Klasse A über 60 g 15, Klasse B über 53 g 13, Klasse C über 48 g 10½—11, aussortierte kleine und Schmutzeier 9. Ausländische Eier: Dänen 18er 16, Schweden 15½—16er 13½, Holländer Durchschnittsgewicht 60—62 g 14¼—14½, 57—58 g 13½, Ungarn 11—11½, kleine, Mittel- und Schmutzeier 8½—9. In- und ausländische Kühlhauseier: extra grosse 12, grosse 9 bis 10, normale 10½—8½. Chinesen und ähnliche 8—11. Kalkeier: normale 7—8. Witterung: trübe, Tendenz: flau.

Baumwollterminbörse Bremen, 16. Januar. Anfangskurse von 11 Uhr (mitgeteilt von A. Lewin Nachflg., Berlin W 30). März 18,19 B., 18,17 G., 6mal 18,18 bez., Mai 18,47 B., 18,44 G., 5mal 18,45 bez., Juli 18,63 B., 18,59 G., 7mal 18,62 bez., Oktober 18,92 B., 18,90 G., 4mal 18,92 B., 1mal 18,91 bez., Dezember 19,00 B., 18,98 G., 4mal 19,00 bez. Tendenz: stetig.

Berliner Metallbörse vom 16. Januar

Preise für 100 kg Silber 1 kg	16. 1.	15. 1.
Elektrolytkupfer, prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam (Vereinigung für Deutsche Elektrolytkupfernotiz) p. 100 kg	170,25	170,50
Original-Hüttenaluminium		
98—99 % Blöcke, Barren	190	190
99 % Walz- und Drahtbarren	194	194
Reinnickel, 98—99 %	350	350
Antimon-Regulus	59—63	59—63
Reinsilber Barren	63¼—65¼	63—65

Londoner Metallnotierungen, 16. 1. Kupfer prompt 71¾ Verkäufer, drei Monate 68¾ Wert. — Zinn prompt 176½ bez. Käufer, drei Monate 179¾ bez. Wert.

Berliner Kurse

16. Januar

Die Ziffern vor den Kursen bedeuten die letzten gezahlten Dividenden V = Vorschlag

Terminkurse

	Div.	Terminkurse	Einheitskurse Heute	Einheitskurse Vortag
A. G. f. Verkehr	11	122—120	120,5	122,87
All. Lk. u. Kr.	12	155.25	155	158 5
Dt. Reichsb. V.	7	86,5—86.37	86	86
Hamb. Paketf.	7	109.25—107,75	107.87	108 87
Hambg. Hochb.	6	—	74	74.75
Hamb. Südam.	5V	177	175.5	177
Hansa Dampf.	10	157—155,75	155,5	156,75
Nordd. Lloyd	8	108—107,25	107,75	108
Otavi Minen	16,5	58 5—57,75	58,5	58,87
Allg. D. Credit	10	123.5	124 75	124
Bank f. Brauind	11	158—156	157	158
Barm. Bankver.	10	126,25	126,5	126 25
Bay. Hyp. u. W.	10	146,75	146	146 25
do Vereinsb.	10	151	149	149,5
Berl. Hand.-Ges.	12	192 75—190	190	192.75
Commerzbank	11	160,25—159	160	161 75
Darmst. u. Nat.	12	243,5—241,5	240 5	242,75
Deutsche Bank u. Disconto-Ges.	10	153,25—152,5	153	152,87
Dresdner Bank	10	152—151,5	151,75	152
Alg. Kunstzyde	18	132—130	130,75	133
A. E. G.	8	174,75—172,25	172	177
Bayer. Motoren	14	82,5—81		84
J. P. Bemberg	8V	180—175	176.75	185
Bergmann	9	215—212	211.5	218
Berliner Masch.	0	69	69	70,25
Buderus	5	71,5—70	71,75	72.12
Charl. Wasser	8	103—102,25	102.37	104,25
Comp. Hisp. Am. de El (Chade)	5	343—342	340,5	344
Contin. Gummi	7	155,5	153.25	154,25
Daimler	6	43.5—43	42.5	45
Dtsch. Conti Gas	9	171,75—169	169.5	172,5
Deutsche Erdöl	6	109,25—108	108.75	109 87
Dt. Linol.-Werk	15	258.75—254,5	254,75	257
Dynamit	6	88 37—87,5	87	89,5
Elektr. Lieferg.	10	169.75	168	170
Elektr. Licht u. Kraft	10	169—167	165.5	171,5
Essen. Steink.	8	141.75—139,5	137.5	141
I. G. Farben	12	184,37—184	183	186.5
Feldmühle	12	172,5	173,5	175
Felten & Guill.	7½	127—126,25	126,25	127
Gelsenkirchen	8	141—140,5	140	141,5
Gesell. f. elektr. Unternehm.	10	170,5—169,5	167.75	172,5
Goldschmidt	5	70	69,75	73
Hamb. Elektr. Werke	10	136	134 5	137,75
Harpener	0	144,5—144	142,5	145
Hoesch	7	119.25—119	118.75	121
Holzmann	7	102,5	100	101
Hotelbtr.-Ges.	12	154	153 5	154,5
Ilse Bergbau	10	236 5—237	235	236,5
Kali Aschersib.	10	210 206	207	210
Rud. Karstadt	12	144—141,5	142,5	142.25
Klöckner	7	107—106,5	106	106,5
Köln-Neuessen	7½	117,5	116 75	119,12
Mannesmann	7	108,87—108,25	109,75	109.75
Mansfeld	7	111—110,75	110,5	111,25
Maschinenbau Unternehmg.	0	48.75	47,25	48.5
Metallbank	8V	119,25—119	116	125.62
Miag Mühlen	10	132—131	131	132
Mitteld. Stahl	7	—	128	130
Montecatini	16	54,75	53,87	—
N. A. G.	0	22,87—22,5	22,5	23,5
Nordd. Wollk.	12	97—95,12	96,5	97,5
Oberbedarf	5	— 76	77	76
Oberschl. Koks	7	105,37	104,75	105
Orenstein	6	78—76	77,75	78,5
Ostwerke	12V	215—214	214	217,5
Phönix	6½	106,75—105,75	105.25	106,75
Polyphonwerke	20	287.25—281	283	289,5
Rh. Braunk.	10	255.5	255	256.25
Rh. Elektro	9	145,5—144,5	144	147
Rheinstahl	6	119,75—119	118,5	121,75
Rh.-Wf. E.-W.	9	194,25	194	197
Riebeck	7,2	—	108	110,25
Rütgerswerke	6	77—77,75	77	80,5
Salzdetfurth	15	348—345	344	349
Schles. E. u. G.	10	157,75	157,25	164,87
do Portl. Zem.	12	168,5—160	158	159
Schub. & Salzer	16	226.75—225.5	224	229,5
Schuckert	11	195.62—193,5	193,5	197,87
Schultheiß	15V	282—282,5	279	284
Siemens	14	309—308	307	309
Svenska Tdst.	10	347—345	345	351
Thüringer Gas	9	135.75	135,5	134,5
Leonhard Tietz	10	168,75	168	169
Transradio	8	—	128	132
Ver. Stahlwerk.	6	106,25—105,75	106	107,25
Westeregeln	10	214—212,5	211,62	217
Zell. Waldhof	18½	205—202.5	203.87	207

Fortlaufende Notierungen

	Div.		Heute	Vortag
Dt. Anl. Auslosungs-Schein.		52—51,9	51.8	51,25
do. ohne Ausl.		8.5—8,3	8,37	8,5
Bosn. Eisenb.	5	26	—	26
do. Inv. 14.	5	—	—	—

	Div.		Heute	Vortag
Mexikan. Anl.	5	—	—	—
do. abgest.	5	19,75	19.5	18,9
do. Anl. 04	4	—	—	—
do. abgest.	4	14,25	14,12	13,62
Oest. St. Sch. 14 neue	4½	—	36,25	36,5
Oest. am. Eb.	4	2,4	2,4	2,45
Oest. Goldrente neue	4	—	—	26,37
Oest. Kr.-Rente	4	2,15	2,15	2,2
do. kv. Rt. JJ.	4	2,2	—	2,25
do. konv. M. N.	4	—	—	2,2
do. Silber-Rt.	4,2	3,25	3,25	3,3
do. Papier-Rt.	4,2	2,5	2,4	—
Türk. Admin. neue		6,1	5,85	—
do. Bagd. I. neue	4	—	8,1	8,1
do. do. II. neue	4	8,1	8	8,05
do. Unifiz.	4	13,25	—	13,25
do. Anl. 05 neue	4	8,2	8,1	8.15
do. Anl. 08.	4	8,5	8,3	8,4
Türk. Zoll neue	4	7,95	7.95	8,1
do. Lose	—	—15,25	15,2	15,3
Ung. Staatsr. 13 neue	4½	—	—	22,5
do. 14 neue	4½	25,6	25,5	25,4
do. Goldrent.	4	—	23,37	23,5
do. St. 10 neue	4	—	21.1	21
do. Kron.-Rt.	4	2,15	2,15	2,5
Lissabon Stadt I. II.	4	8,75	8,6	8,45
Mex. Bewässer.	4½	—	—	—
do. abgest.	4½	14,37	15	13,75

	Div.		Heute	Vortag
Anatol. I	4½	17,5	17,5	17,37
do. II	4½	17,5	17,5	17,37
Mazedon. Gold.	8	—	7,5	—
Tehuantepec	5	—	—	9,5
do. abg.	5	—	—	—
do.	4½	—	—	—
do. abg.	4½	—	—	—
Canada		45—43,5	43,5	42
Schantung	0	52,5	52	51
Ver. Elbesch.	5	—	21	19,5
Bank El. Werte	10	139,25	138.25	140
Oestr. Kredit	4	—	31,5	30
Reichsbank	12	298—296,37	296.5	301
Wiener Bankv.	7.5	—	12,37	12,37
Accumulator	8	116—115	114,37	114
Aschaffenburg. Zellst. u. Pap.	12	154	153	155,5
Augsbg.-N. M.	6	—	83,5	81,5
Basalt	0	35	35	34
Jul. Berger	20	317,5	316,5	322
Berlin Karlsr.	0	70,5—70,25	70.25	70,5
Brown Boveri	9	131	130	129
Byk-Guldenw.	6	—	69,75	71,75
Calmon Asbest	0	18,5	19	18
Chem. v. Heyd.	5	67	66	66,5
Dt. Atlant. Tel.	7	112,5—112	111	110
Dt. Kabelwerke	0	—	61,25	61,5
Dt. Tel. u. Kab.	0	—59	60	60.25
Dt. Ton-Steinz.	11	137	133,5	133,5
Dt. Wollwaren	0	—10	10	10
Dt. Eisenhand.	7	74,75—73,5	73,5	74,62
Eisenbahnverk.	12	170	170	170
Elek. W. Schles.	8	—	104,75	108
Fahlberg List	8	67,62—67,5	68,75	67,25
Hackethal Dr.	8	98	95,5	96

	Div.		Heute	Vortag
Hammersen	10	126	126	125
Harb. Gummi	0	81	80,5	82
Hirsch Kupfer	9	—	120,25	124
Hohenlohe	7	80—79	79	84
Junghans	6	49,5	47,5	49
Körting Gebr.	6	62,5	61,62	62
Krauß Lokom.	0	—	—	63,5
Lahmeyer	12	173 25—173	172,25	172,75
Laurahütte	0	54,75	53,5	56,12
Leopoldgrube	4	—	85,75	85
Lorenz	6	—	143	143
Masch. Buckau	10	—	126	126
Maximil. Hütte	7	—	165	164
Mix & Genest.	6	—	—	142
Motoren Deutz.	8	—	70,5	70
Nordsee Dampf	12	—	167	165
Oest. Siem. Schuck. Wk.	6	—	—	—
Pöge Elektro	6	26,25	26,25	26,5
Rh. W. Sprgst.	4,8	—	—	72
Sachsenwerk	7½	—	97	100
Sarotti	10	140	143,5	144
Schl. Bergw. Zink	8	—	83	83,5
do. Bg. Beuth.	10	—	128	128,5
do. Textil	0	14,75	14,5	14,5
J. Schneider	10	—	109.5	109,75
Siegen-Soling.	0	9.37	9,12	9,5
Stöhr Kammg.	20	118—117	117,12	119,75
Stolberger Zink	6	111—109,5	110	111
Tel. J. Berliner	8½	55—54,5	54.25	54,75
Thöris Oelfabr.	6	—	86,5	86,5
V. Sch. Wessel	6	—	42,37	41
Vogel Telegr.	6	74,75	74,75	74,25
Voigt Haeffner	9	—	220	220
Wicking Portl.	10	130	139,5	134
Zellst.-Verein	10	—	107,5	108,5

Staats-Anleihen

	Heute	Vortag
D. Wertb. 23 6	—	—
10-1000 Doll. 6	87,5	87,5
D. Rchs.-A. 29 7	96 7	96 7
D. Rchs.-A. 27 6	87,5	87,5
Rsch. „K" 8	87 25	87,75
Pr. St. A. 28 6	91,4	91,4
do. Schatz I 7	98.12	98
do. do. II 7	97	97
do. do. 6½	98,5	98,37

	Heute	Vortag
Mühl. RM. 26 8	88	88
München 28 5	102	102,5
Nürnberg 28 8	—	—
do. 23 5	69	69
do. Sch. 28 5	101,8	101,9
Pforzheim 26 8	—	—
Solingen 28 8	83,12	82,5
Stettin Gold. 8	91	91
Weimar 26 8	—	85
Zwickau 26 8	82,9	82,5

	Heute	Vortag
Bl. Hy. Ko. 2 7	81,5	81,5
do. S. 3 6	80	80
Br. Hann. 25 10	—	101,5
do. 24 8	91,4	91,3
do. 27 8	92	91,75
do. 28 8	93,9	93,9
do. 29 8	96	96
do. 26 7	84,6	84,1
do. 27 6	80	80
do. 28 4½	81	81,5
do. Anteil. —	19,5	19,5
do. Kom. 10	100,1	100,1

	Heute	Vortag
Thür. Ldsch. Hyp. Pf. 2 10	100,5	101
do. S. 1 u. 3 8	91,25	91 25
do. S. 5 8	91,25	91,5
do. S. 12 8	94	94
do. S. 7 u. 9 7	81,75	81,75
do. S. 10 6	80	80
do. Ko. S. 4 8	90,5	90,5
do. S. 13 7	92	92
do. S. 6 u. 8 7	81	81
do. Ko. S. 11 6	80	80

	Heute	Vortag
Farb. Bonds 6	105	108,25
AEG Serie I 4	—	—
do. S. 2 u. 3 4	—	—
Bergm. 09 . 4½	—	—
Dt. Cont. Gas. 4½	76	76,5
El. Lief. 14 . 5	—	—
Laura 19 .. 4½	64	65
Neckar A.-G. 5	68,5	68
Oberbed. 19 . 5	—	70,5
Ob. Caro. 4 u. 5	87	—

	Heute	Vortag
Priegnitz Eb. 7	—	—
Rint. Stdth. A. 6	68,5	68,5
do. B. 6	55	55
Schl. Dmpf. C. 0	—	—
Stettin. Dmpf. 0	92	—
Stettiner Str. 4	48	48
do. Vorz. 5	58	—
Süddt. Eisb. 10	111,25	111,25
Vr. Eb. Btr. Vz. 0	14,5	—
W-Sizilia 12½	10,12	10,12
Zschipkau 15	191	191

	Heute	Vortag
Dortm. AkB 17V	238,5	240
Dortm. Ritt. 20V	278	299.5
do. Union . 16	255	254
Drsd. Bauges. 5	64	-
do. Chromo . 8	94,5	96
do. Gardin. . 10	96	97
Dresd. Leipz. Schnellpr. 10	99	99
do. Nähm. Zw. 0	43	41,5
Düren. Met. 10	134	134
Dürkopp Wk. 0	—	—

	Heute	Vortag
Ind. Plauen 14	150	150
Isenbeck 7V	103,5	109
W. Jacobsen 9	89	86
Jeser. Asph. 10	60	58
JA John AG 10	84,75	84
M. Jüdel & C. 9	137	137,75
Jülich Zuck. 6½	—	—
Kahla Porz. 5	64	63
Kaiser Kell. 0	74	79.5
Kali-Chemie 7	160	167

	Heute	Vortag
Pittler Wkz. 10	166	165
Plauen Grd. 10	102	102,25
do. Tüll u. Gd. 0	—	35
Her. Pöge Vz. 6	44,78	—
Pom. Eiseng. 0	46,5	48
Ponarth Br. 18V	177	178,5
Pongs Spinn. 0	—	—
Pongs&Zah. 14	—	—
Poppe & Wth. 8	80	80
PK Veilsdorf 4	50	50

	Heute	Vortag
Thür. Bleiw. 0	11,5	10
do. El. u. Gas 9	—	—
Tielsch Porz. 0	12,5	13
Trachb Zuck. 0	37	39
Triptis A-G. . 6	56	54,5
Tritonwerk 11	105,25	104,5
Triumpf W. 15	202	202
v. Tucher .. 10	138,25	138
Tuchf Aach 12	109,5	109.5
Tüll b. Flöha 6	54,25	54,25

Fascistische Planwirtschaft

Ein Blick hinter die Kulissen

Von unserem Berichterstatter

fr. Mailand, 14. 1.

Die italienische Wirtschaft hat sich von jeher gegen die amerikanischen Heilsbotschaften der technischen Rationalisierung mit der allergrössten Skepsis gewappnet. Der Arbeiter wehrt sich gegen die Mechanisierung seiner Tätigkeit und er fand die Unterstützung der Regierung, der daran liegt, die Reservearmee der Arbeitslosen nicht unnötig zu vergrössern. Auch der Industrielle selber hat im allgemeinen revolutionierende Neuerungen unterlassen. Soweit Rationalisierungen vorgenommen wurden, wie etwa bei der Fiat oder in der Klein-Motoren-Fabrikation, halten sie sich jedenfalls in engeren Grenzen. Die Tendenz zur Planwirtschaft ist wohl vorhanden, aber sie ist eher wirtschaftlich als technisch orientiert. Der Fascismus will, dass der Staat führt, nicht indem er alles sozialisiert, sondern im Gegenteil; der Staat entledigt sich und die öffentlichen Körperschaften nach Möglichkeit wirtschaftlicher Betriebe, um sie der Privatwirtschaft zu überantworten. Dafür hat die Regierung ungleich grössere Einwirkungsmöglichkeiten als bei uns auf die private Wirtschaft. Ihre Finanzpolitik während und nach der Währungsstabilisierung hat die gewollte Wirkung gehabt, dass viele kleine Betriebe eingingen. Das Sparkassenwesen wurde regional gegleidert, die Zusammenballung grosser Konzerne systematisch gefördert, und wo der gute Wille bei den Beteiligten fehlte, wurde durch Druck von oben nachgeholfen. Der staatliche Zwang ist charakteristisch für das fascistische System. Das tritt besonders deutlich in seiner eigentlichen Domäne, dem Gewerkschaftswesen, in Erscheinung. Denn fast alle wichtigen Tarif- und Lohnfragen sind vor das Forum des Korporationsministeriums gezogen worden und bei vielen hat der Duce persönlich eingegriffen.

Erscheinen diese Methoden in ihren Grundzügen auch sonnenklar, so sind sie doch den widersprechendsten Urteilen ausgesetzt. Ein gut Teil Schuld trägt der Fascismus selber. Nicht umsonst hat Mussolini bei der Parlamentseröffnung verlangt, man sollte sachliche Kritik üben statt Schönrednerei und Lobhudelei zu treiben. Das Fehlen einer unbefangenen Kritik im Lande führt ganz selbstverständlich zu einem überwachen Misstrauen im Ausland. So konnte es geschehen, dass der in Paris im Exil lebende Nitti, den der Fascismus entthront hat, mit einem Zeitungsartikel, in dem die nahende Katastrophe verkündet worden war, bei vielen deutschen Lesern kürzlich Glauben fand und nicht nur bei solchen, die den Fascismus grundsätzlich verneinen. Bei der deutsch-italienischen Handelskammer in Mailand und bei verschiedenen Vertretern deutscher Häuser liefen Anfragen ein, ob man es überhaupt noch wagen könne, mit Italien Geschäfte abzuschliessen.

Diese Katastrophenfurcht erscheint unbegründet, denn die italienische Wirtschaft ist nicht, wie Nitti behauptet, durch die staatliche Finanzpolitik bedroht. Wohl leidet auch Italien unter einer schweren Depression, aber die öffentlichen Finanzen werden zur Zeit mit Erfolg durch Ausgabendrosselung und Aufarbeitung alter Rückstände gebessert.

Es verdient doch Beachtung, dass Senator Federico Ricci, der nicht Fascist und daher ein unverdächtiger Zeuge ist, eben jetzt bei der Finanzdebatte den italienischen Staatshaushalt als ausserordentlich klar gelobt hat. Wenn trotzdem immer wieder die Behauptung Glauben findet, dass die italienische Regierung Verschleierungspolitik treibe, so sind dafür jedenfalls andere Gründe massgebend.

Ueber die Mehrzahl der staatlichen Nebenbetriebe, vor allem über die gemischtwirtschaftlichen, ist die Oeffentlichkeit gar nicht oder nur unvollkommen unterrichtet. Wenn sogar ein Fascist vom Range des Abgeordneten Giarratana über den Mangel an Publizität Klage führt, so können die Beschwerden sicher nicht unberechtigt sein. Es ist damit nicht gesagt, dass hinter den Kulissen Misswirtschaft herrscht, aber dem Misstrauen sind jedenfalls Tür und Tor geöffnet.

Als Deutscher muss man sich hüten, die heimischen Masstäbe an die italienischen Verhältnisse zu legen, um dann mit den Begriffen: gesund oder ungesund zu operieren. Wie sehr sich die Zustände in Italien von den unsrigen unterscheiden, dafür genügt es einige Beispiele anzuführen. Viel Aufhebens wird regelmässig von der Zahl der Arbeitslosen gemacht. Die Kritik übersieht aber, dass nur ein Teil der amtlich geschätzten Zahl der Erwerbslosenfürsorge zur Last fällt. Andere Kritiker fragen sich vergebens, wo die Regierung die Summen für ihre ins riesenhafte gehenden öffentlichen Arbeiten hernimmt. In der Bilanz des Ressortministeriums figurieren sie nur zum kleinsten Teil. Auch wir sind nicht in der Lage, bis ins einzelne anzugeben, aus welchen Fonds die Summen eigentlich stammen. Aber es vermittelt doch wenigstens eine leise Vorstellung von der Methode, mit der in Italien gearbeitet wird, dass die staatliche Alters- und Invalidenversicherung Jahre lang nur etwa 25% der einkommenden Summen ihrer eigentlichen Bestimmung zuzuführen brauchte und ihre Ueberschüsse regelmässig in der Form von Anleihen oder sog. Finanzierungen für öffentliche Arbeiten, sogar für die Eisenbahn zur Verfügung stellt. Auch nach der Erhöhung der Pensionen, die Anfang des Jahres vorgenommen wurde, rechnet man mit einem jährlichen Ueberschuss von einer halben Milliarde. Ein anderes Beispiel: Die Regierung finanziert gelegentlich gemischtwirtschaftliche Betriebe aus Etatsüberschüssen oder aus der Liquidationsmasse einer aufgelösten Gesellschaft. Das fascistische Regime tut damit im Grunde nichts anderes als seine Vorgänger, aber die Zersplitterung des Finanzwesens hat zugenommen und sie wirkt neben der Klarheit des eigentlichen Etats grotesk. So weit man erkennen kann, brauchten aber all diese Betriebe die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen.

Noch etwas anderes erscheint dem deutschen Beobachter eigenartig. Die Grenzen zwischen staatlicher und privater Wirtschaft sind nicht fest gezogen. Das Telephonwesen z. B. ist der Privatwirtschaft abgetreten worden. Es wurde ihr aber ein derartig umfassendes Bauprogramm auferlegt, dass es ihre finanzielle Leistungsfähigkeit übersteigt und der Staat nun wieder mit einem billigen Hypothekarkredit von über 200 Millionen einspringt. Auch der Werftindustrie werden öffentliche Kredite zur Verfügung gestellt, an die die Bedingung geknüpft ist, sich, so weit es geht, im Inland einzudecken. Oder die Fiat droht mit Arbeiterentlassungen im grossen Stil. Ihr Präsident Agnelli wird nach Rom zitiert, es werden ihm Staatsaufträge versprochen, es werden ihm Zugeständnisse gegen die amerikanische Konkurrenz gemacht und er verpflichtet sich dafür, über den Tarifvertrag hinaus seine Arbeiter mit Vorschüssen über die Wintermonate hinüber zu bringen.

Das ist reine Opportunitätspolitik. Immer sucht man nach einem Ausweg und lässt sich durch die Fesseln von Programmen und Gesetzen nicht behindern. Hinter der starren Fassade der fascistischen Phraseologie spielt sich ein bunt bewegtes Leben ab, das der Wirklichkeit gerecht zu werden sucht. Wenn sich der Deutsche mit dem Fascismus befast, darf er diese Hintergründe nicht vergessen.

Die neuen Auslandsbeteiligungeu an deutschen Unternehmungen im Jahre 1929

Die Aufnahme von Auslandsanleihen ist von 1,5 Milliarden RM im Jahre 1928 auf rund 350 Mill. RM im Jahre 1929 zurückgegangen. Dagegen haben sich die direkten Beteiligungen des Auslandes an deutschen Unternehmungen stark erhöht. Es ist, wie im Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung ausgeführt wird, anzunehmen, dass im Jahre 1929 die neuen Beteiligungen des Auslands mindestens die gleiche Grössenordnung erreicht haben wie die offene Aufnahme von Auslandsanleihen. In 60 Fällen der wichtigsten neuen Auslandsbeteiligungen an deutschen Unternehmungen im Jahr 1929 war es möglich, die Beteiligungsquote des Auslands annähernd zu erfassen. Bei diesen 60 Unternehmungen mit einem Nominalkapital von rund 570 Mill. RM hat das Ausland mindestens rund 230 Mill. RM des Nominalkapitals erworben. Dabei dürften der Kurswert und damit die tatsächlichen Kapitalaufwendungen des Auslands erheblich grösser gewesen sein als die Nominalbeträge der Beteiligungen. Hinzu kommen die zahlreichen — zum Teil recht bedeutenden — Fälle ausländischer Beteiligungen, für die ausreichende Angaben überhaupt nicht vorhanden sind. Private Zusammenstellungen zeigen, dass allein in den bekanntgewordenen Fällen der tatsächliche Kapitalaufwand des Auslands für Beteiligungen in Deutschland über 300 Mill. RM ausmacht. Im ganzen darf man mit gutem Grund annehmen, dass die gesamten neuen Auslandsbeteiligungen im Jahre 1929 den Betrag der aufgenommenen Anleihen erreichen, wenn nicht sogar überschreiten.

Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen in der „DAZ" vom 5. Januar 1930 („500 Millionen"), die sich ausschliesslich auf Majoritäten und Sperrminoritäten bezogen, und aus denen hervorging, dass das Ausland auf diesem Wege im Jahre 1929 die mehr oder minder starke Kontrolle über mindestens 63 deutsche Unternehmungen mit einem Nominalkapital von mindestens 500 Mill. RM erworben hat.

Bildung eines Stahlverkaufsverbandes in Belgien

Die belgischen Stahlerzeuger haben am Mittwoch beschlossen, ein Uebergangsverkaufskontor für die Dauer von 6 Monaten zu bilden. Die nächste Sitzung des engeren Ausschusses der IRG. findet in der nächsten Woche in Luxemburg statt.

1 Mill. Bürgschaft der Stadt Leipzig für die Ipa. In der Leipziger Stadtverordnetensitzung wurde die Vorlage über die Gewährung einer Bürgschaft von 1 Mill. RM für die Internationale Pelzfach-Ausstellung (IPA), nachdem in öffentlicher Sitzung ein sozialdemokratischer Vertagungsantrag abgelehnt worden war, in nichtöffentlicher Sitzung an die Ausschüsse zurückverwiesen, obwohl Stadtverordneter Dr. Köhler, Direktor des Messamts, erklärt hatte, dass die Vorlage so schnell wie möglich verabschiedet werden müsse, wenn die rechtzeitige Fertigstellung der Ausstellung nicht gefährdet werden solle.

Die Bürgschaft für die Russenwechsel der Stettiner Oderwerke. wg. Stettin, 16. 1. (Eigenbericht). Wie wir erfahren, schweben zwischen der Oderwerke Schiffs- und Maschinenbauanstalt AG und der russischen Regierung zur Zeit Verhandlungen wegen eines Schiffsbauauftrages. Da die Oderwerke den Auftrag aber nur hereinnehmen können, wenn ihnen Bürgschaft für die über zwei Jahre verteilten Wechsel in Höhe von 2 Millionen RM gegeben werden, hat sich der preussische Staat bereit erklärt, 60 % der Bürgschaft zu übernehmen. Auch die Stadt Stettin will 20 % übernehmen. Der Rest wird von der Gesellschaft selbst übernommen.

Feierschichten bei der August-Thyssen-Hütte. Infolge Auftragsmangels sieht sich die Verwaltung der August-Thyssen-Hütte gezwungen, bis auf weiteres Feierschichten einzulegen. Am Sonnabend, dem 18. Januar, werden sämtliche Betriebe feiern, nur die Hochöfen bleiben in Betrieb. In der gleichen Weise sollen in der nächsten und übernächsten Woche je zwei Feierschichten eingelegt werden. Falls dann wieder grössere Aufträge eingehen, gedenkt die Verwaltung wieder regelmässig arbeiten zu lassen.

Preisrückgang am amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt

Wie das Fachblatt „Iron Age" in seinem Wochenbericht ausführt, gehen die Preise auf den amerikanischen Eisen- und Stahlmärkten mit Zunahme der Produktion zurück. Die Nachfrage für Stahl wächst weiter an, und die Produktion hat sich weiter erhöht, doch zeigen die Preise neuerliche Rückgänge. Die Stahlwerke haben die Preise für Bleche und Formeisen um 2 Dollar pro Tonne Pittsburg herabgesetzt. Der Auftragsbestand in Eisenbahnschienen hat durch Erteilung neuer Orders für 107 000 Tonnen erneut zugenommen. Die Automobilfabriken nehmen langsam eine Erhöhung ihrer Produktion vor. Die Stahlabrufe der Automobilindustrie haben sich weiter gesteigert, namentlich in Barren und Blechen.

Wieder keine Dividende bei Dürkopp. Für das am 31. Dezember 1929 abgelaufene Geschäftsjahr ist nach Angabe von unterrichteter Seite wieder nicht mit einer Dividendenverteilung zu rechnen. Ob es gelungen ist, den aus dem Vorjahr übernommenen Verlust von 306 752 RM zu verringern, steht noch nicht fest. Die Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Jahr ist wesentlich von der allgemein ungünstigen Lage der Fahrradindustrie beeinflusst worden.

Eisenbahnsignal-Bauanstalten Max Jüdel, Stahmer, Bruchsal AG, Braunschweig. Der Aufsichtsrat der Eisenbahnsignal-Bauanstalten Max Jüdel, Stahmer, Bruchsal AG, Braunschweig, beschloss, der GV die Verteilung einer Dividende von 9 % (wie i. V.) vorzuschlagen.

A. G. Eggestorff's Salzwerke und Chemische Fabriken, Hannover. Wahrscheinlich wieder 8 % Dividende.

Minerva - FN. Die zwischen der Minerva Motors Soc. An., Antwerpen, und der Fabrique Nationale d' Armes de Guerre in Lüttich bestehende Interessengemeinschaft ist jetzt erheblich verstärkt worden. Beide Unternehmen beabsichtigen, einen neuen Ty gemeinsam herauszubringen, von dem einzelne Teile von der Fabrique Nationale und die andern von der Minerva konstruiert werden.

Kapitalerhöhung der Tréfileries et Laminoirs du Havre. In der ao. GV der Tréfileries et Laminoirs wurde die Kapitalerhöhung von 125 auf 150 Mill. Fr. beschlossen sowie die Uebernahme der Etablissements Mouton geprüft. Ausserdem sollen 150 Mill. Fr. 5% Obligationen ausgegeben werden.

Entlastung der Reichsbahn!

Der Langnamverein hat zugleich für den Bergbauverein und das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat in Essen, das Rheinische Braunkohlensyndikat, Köln, die Stahlwerks-Verband AG, Düsseldorf, den Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Berlin, und die Nordwestliche Gruppe dieses Vereins in Düsseldorf an den Reichsverkehrsminister, Reichsfinanzminister, Reichswirtschaftsminister und den Reichsarbeitsminister eine Eingabe „Tariferhöhungen oder finanzielle Entlastung der Reichsbahn?" gerichtet, in der es u. a. heisst:

„Trotz der einschneidenden allgemeinen Tariferhöhung vom 1. Oktober 1928 ist die Finanzlage der DRG. nach wie vor infolge stetem Ansteigen der Personalkosten und Ruhegehälter sowie wegen anhaltender Unmöglichkeit der Aufnahme neuen Kapitals so gespannt, dass die Gesellschaft schon bisher nicht in der Lage war, in ihrem Tarifgebaren den tatsächlichen Bedürfnissen der Volkswirtschaft ausreichend zu entsprechen und die sächlichen Ausgaben so zu gestalten, wie es die pflichtmässige Rücksichtnahme auf die notwendige Unterhaltung und Weiterentwicklung der Bahnanlagen und Betriebsmittel erforderte. Bisher haben die Einnahmen die Ausgaben nur gedeckt, nachdem diese vorwiegend auf sächlichem Gebiete in einem unerträglichen Masse gedrosselt worden sind. Schon der Ausschuss des Reichstages zur Untersuchung der Betriebssicherheit bei der Reichsbahn hat mit grösstem Nachdruck auf die dringend erforderliche Nachholung der rückständigen Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten sowie auf die Notwendigkeit der Bereitstellung entsprechender Mittel hingewiesen. Jede weitere Verzögerung dieser Arbeiten vergrössert die Schäden, verschlimmert die Arbeitslosigkeit und steigert nur die zwangsläufigen Wiederherstellungskosten.

Soweit wir unterrichtet sind, ergibt sich bei der Reichsbahn für das Jahr 1930 ein Fehlbetrag in der Betriebsrechnung von rund 150 Mill. RM, vorausgesetzt, dass der übliche Gesamtbedarf der Kapitalrechnung in Höhe von etwa 300 Mill. RM auf dem Anleihewege gedeckt werden kann. Vor einem Versuch, den Fehlbetrag in der Betriebsrechnung durch eine Einnahmesteigerung auf dem Wege eines erneuten Anziehens der Tarifschraube zu decken, müssen wir schon jetzt im Interesse der Allgemeinheit, Wirtschaft und Reichsbahn dringend warnen.

Abschliessend sind wir der Ueberzeugung, dass eine Eisenbahntariferhöhung einerseits der Gesellschaft die zwecks Deckung des Fehlbetrages in der Betriebsrechnung erforderlichen Mehreinnahmen nicht verschaffen kann und andererseits zu geradezu verhängnisvollen Folgen für Wirtschaft und Allgemeinheit führen muss. Deswegen erscheint es uns dringend notwendig, die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft finanziell zu entlasten, und zwar in erster Linie dadurch, dass ihr von dem bisher reparationspflichtigen Beförderungssteueraufkommen bis auf weiteres jährlich 150 Millionen RM belassen werden, um auf diese Weise den Betriebsfehlbetrag zu decken. Darüber hinaus sollten durch die zuständigen Stellen Massnahmen in Erwägung gezogen werden, die es ermöglichen, dass die Reichsbahn in die Lage versetzt wird, endlich den Kapitalbedarf zugunsten der Anlagezuwachsrechnung durch Anleihen unter erträglichen Bedingungen zu decken, um erstens den eigenen Wirkungsgrad zu erhöhen und zweitens die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt im Rahmen der betrieblichen und technischen Notwendigkeiten durch Aufträge zu beleben."

Berliner Börse: Abbröckelnd

Entlastungsverkäufe

16. Januar

Die Haager Konferenz geht ihrem Ende entgegen. Das ist für die Börse die Hauptsache. Wie aber das Ende aussehen wird, darüber geht die Börse gern zur Tagesordnung über. Die Konflikte sind überbrückt, das genügt ihr. Die Auslandsmärkte kommen fest; auch New York hat überwiegend feste Haltung gemeldet; auch daraus schöpfte die Börse eine gewisse Anregung. Schliesslich machte die Entlastung am internationalen Geldmarkt weitere Fortschritte. Holland hat seinen Diskontsatz ermässigt; ebenso hat die Federal Reserve Bank in Philadelphia eine Ermässigung auf 4½% vorgenommen. In New York ist der offizielle Tagessatz auf 4% heruntergegangen, während ausserhalb der Börse Tagesgeld mit 3½ % zu haben war.

Trotz alledem war die Tendenz zu Beginn der Börse nichts weniger als fest. Jedenfalls wurden die am Vormittag genannten Kurse keineswegs erreicht. Die Spekulation verhielt sich äusserst zurückhaltend. Es hat den Anschein, als ob speziell die Absichten der Regierung bezüglich der Zukunft der Reichsbank grössere Bedenken auslösten, was ja namentlich bezüglich der beabsichtigten neuen Fassung des Artikels 2 des Reichsbankgesetzes, das die Bestimmungen über die Berufung des Generalrates und des Reichsbankdirektoriums enthält, nicht verwundern kann. Die in der letzten Zeit stark gestiegenen Kurse liessen es der Spekulation für geraten erscheinen, Entlastungsverkäufe vorzunehmen, die auf den Kursstand drückten. Grössere Kurseinbussen konnten aber vermieden werden, da aus Kreisen des Publikums auch verschiedentlich Kaufaufträge vorlagen. Immerhin sprach sich die Tendenz zunächst als schwächer an.

Montanwerte bröckelten nur unwesentlich ab. Stärker gaben lediglich **Hohenlohe** nach, die 3¾ % (80) verloren. **Gelsenkirchener** 141 (— 1½), **Hoesch** 119¼ (— 1¼), **Laura** 54¾ (— 1¼), **Rheinstahl** 119¾ (— ¾), **Phoenix** 106½ (— ½). Kaliwerte waren angeboten; **Aschersleben** 210 (— 2), später 208, **Salzdetfurth** 348 (+ ⅝), später 345, **Westeregeln** 214 (— 3). Von chemischen Papieren wurden lediglich **I. G. Farben** abgegeben 184⅝ (— 2¼), später 183½. Elektropapiere gaben leicht nach; **AEG.** 174¾ (— 2), **Bergmann** 215 (— 2½), **Elektrisch Licht und Kraft** 169 (— 1½), später 167, **Schuckert** 195⅝ (— 1), **Siemens u. Halske** 309 (— 1½), später 308. Fest gingen **Accumulatoren** um, 116 (+ 2½).

Sonstige Industriepapiere waren nur vereinzelt schwächer; **Bayerische Motoren** 82½ (— 1½), **Daimler** 43½ (— 1¼), **Berliner Maschinen** 69 (— 2¼), **Julius Berger** 317½ (— 4¼), **Bemberg** 180 (— 3½), **Zellstoff Waldhof** 260 (— 2½), später 202½, **Ostwerke** 215 (— 3), **Sarotti** 140 (— 3½), **Polyphon** anfangs 287¼ (— 1¼), später 281.

Am Bankenmarkt gaben im Verlauf **Reichsbank** bis auf 296½ (— 2½) nach; **Danat** anfangs 243½ (— ¾), später 241½, **Deutsche Bank und Disconto** 152½ (— 1¾). Schiffahrtsaktien waren ziemlich gut gehalten; **Hapag** zunächst 109¼ (+ ½), später 107⅝, **Lloyd** 108 (— ½), später 107½.

Am Anleihemarkt war die Tendenz unregelmässig, überwiegend schwächer. Von Liquidations-Pfandbriefen gaben Berliner, Norddeutsche Grundcredit, Braunschweig-Hannoversche und Centralboden je ½ % nach und Hamburger ¾ %. Wesentlich fester lagen die 4¾ % kommunalen Liquidations-Pfandbriefe der Deutschen Hypothekenbank, die um 2 % auf 80 anzogen. Die Neubesitzanleihe gab von 8,5 auf 8,25 nach. Von ausländischen Renten waren Mexikaner gefragt, die 5 % zogen auf 19¾ und die 4 % Anleihe auf 14,25 an. Türkische Anleihen blieben meist unverändert, die 1908er Anleihe war weiter auf 8,5 befestigt, während Zoll-Türken auf 7,95 und Türkenlose auf 15,25 nachgaben.

Amtlich nicht notierte Werte. AG f. med. Produkte 150, Albrecht u. Meister 49, Allgem. Hochbau 78—79, Bingwerke 30, Charl. West-Terr. 70, Deutsche Lastauto 10, Deutsche Petroleum 60—61—62½, Gebr. Dopp 30, Duxer Porzellan 80, Faber Bleist. 119, Glückauf 84, Grosskraftw. Frank. 124, Gummi Elbe 102, Hansa Lloyd 5, Hannov. Wagg. 63, Hochfrequenz 160, Kabel Rheydt 185, Lamberts u. Sohn 36½, Lerche u. Nippert 71, Linke-Hofmann 58—59, Lünebg. Eisen 15½, Manoli 200, Dr. Paul Meyer 100, Müller Kaffee 40, National-Film 100, Oehringen 209, Phönix Zahnbedarf 30, Pose Leder 30, Ravené Stahl 161, Riedel 56½, Stoewer Auto 39, Trier Walzwerk 46, Ufa 90, Winkelhausen 60—62, Wintershall-Kali 186—188, Burbach-Kali 183—186, Cie. Hisp. Am. d. El. 6 % arg. Rtbs. 384, Diamond shares 11—11¼, Kaoko 70, Salitrera 130, Sloman 75, Südsee-Phosphat 10.

Pfund etwas fester

Der Devisenverkehr war heute ruhig. Der Markt hatte sich weitgehend darauf eingestellt, dass die Bank von England die Rate unverändert lassen werde, und diese Erwartung erfüllte sich. Pfunde gegen Kabel waren Anfangs mit 4,8689, später mit 4,8691—4,8694 im Handel, war also weiter etwas befestigt. Sonst hielten sich die Kursveränderungen in engen Grenzen. Kabel gegen Reichsmark 4,1860—4,1864, Pfunde gegen Paris 123,91½—123,92½, gegen Zürich 25,16¼—25,16½, gegen Stockholm 18,107—18,109, gegen Spanien 36½—36¾. — Ausländische Markkurse: London 20,37⅝, Paris 608, Amsterdam 59,41½, Zürich 123,48.

Geldmarkt unverändert

Tagesgeld behielt den gestern ermässigten Satz von 5½ % für erste Nehmer bei. Monatsgeld war gleichfalls unverändert 7½ % und höher.

Privatdiskont kurz 6¼, lang 6¼ %

Theater

16. Januar

Staatsoper (U. d. Linden) T.-M. D Do. 5, F.-A.-B. 16 7½—10½ **Andre Chénier**

Städtische Oper Turnus I 7,30—10,30 **Othello**

Staatsoper (Kroll) K.-S. 204 B. B. B. 8—10,30 **Die verkaufte Braut** Reichs-Kartenverkauf

Staatl. Schauspielhaus F.-A.-B. 14 8—10,15 St.-R. IV Do. 4 **Oedipus**

Schiller-Theater (Charlottenbg.) 8—10,30 **So und so, so geht der Wind**

Deutsches Volkstheater am Bhf. Zoo Steinplatz 6554 Täglich 8¼ Uhr **Die Geisha** mit Genia Guszalewicz a. G.

8¼ Uhr **Kleines Th.** Merkur 1624 **Das Parfüm meiner Frau** Lustsp. v. Leo Lenz. Regie: Friedman-Frederich / Max Adalbert / Hilde Woerner

Metropol-Theater Ztr. 9393 8¼ Uhr Franz Lehár dirigiert **Das Land des Lächelns** Vera Schwarz = Richard Tauber

Rose-Theater, Gr. Frankfurter Straße 132 8,15 **Die Czardasfürstin**

Theater i. d. Behrenstr. 53/54 8¼ A 4 Zentrum 926/927 8¼ Direktion: Ralph Arthur Roberts **... Vater sein dagegen sehr!** Lustspiel in 3 Akten von Carpenter Ralph Arthur Roberts, Englisch, Klubertanz

Th. d. Westens Stpl. 0931. 5121 8¼ Uhr **Hotel Stadt Lemberg** Musik von Gilbert Käthe Dorsch // Leo Schützendorf

Planetarium 16¼ Die Wintersternbilder 18¼ Der Planet Jupiter 20¼ Merkwürdige Sterne (Riesen u. Zwerge)

(Ohne Gewähr)

Berliner Theater 7,45—11,15 Seltsames Zwischenspiel.
Deutsches Künstlertheater 8,15—10,45 Eins, zwei, drei — Souper.
Deutsches Th. 8,15—10,30 Der Kaiser von Amerika.
Deutsches Volkstheater (Neues Theater am Zoo) 8,15—11 Die Geisha.
Die Komödie 8,15—10,30 Vom Teufel geholt.
Die Tribüne 8,30 bis gegen 10 Frauenopfer.
Grosses Schauspielhaus 8—11,15 Die drei Musketiere.
Kammerspiele 8,15—10,45 Désiré.
Kleines Theater 8,15—10,15 Das Parfüm meiner Frau.
Komische Oper 8,15—11 Hulla di Bulla.
Komödienhaus 8,30—10,30 Der Lügner und die Nonne.
Lessing-Theater 8—11 Affaire Dreyfus.
Lustspielhaus 8,30—11 Wiegenlied.
Metropol-Th. 8,15—11 Das Land des Lächelns.
Renaissance-Theater 8,15—11 Pariser Leben.
Rose-Theater 8,15 Die Czardasfürstin.
Schlosspark-Theater Steglitz 8,15 Der Leibgardist.
Thalia-Theater 8,15—10,45 Das kleine Fräulein Li.
Theater am Nollendorfplatz 7,30 Menschen im Hotel.
Theater am Schiffbauerdamm 8,15 bis 10,30 Die Gartenlaube.
Theater des Westens 8,15—11 Hotel Stadt Lemberg.
Theater in der Behrenstrasse 8,15 bis 10,45 ... Vater sein dagegen sehr.
Theater in der Klosterstrasse 8,15 bis 10,30 Schneider Wibbel.
Theater in der Königgrätzer Strasse 8,30—10,45 Die erste Mrs. Selby.
Volksbühne (Theater am Bülowplatz) 8 Apollo Brunnenstraße.
Walhalla-Theater 8,15 So lang noch Untern Linden.
Wallner-Theater 8,15 Die Krone im Rhein.
Zentral-Theater (Operetten-Haus) 8,15 bis 11 Der Soldat der Marie.

Konzerte

16. Januar

(Ohne Gewähr)

Philharmonie: 8 Dajos Bela, Jazz-Abend.
Beethovensaal: 8 Marietta (Klav.) u. Henk (Viol.), Kever-Froitzheim.
Bachsaal: 8 Heinrich Knol, Staatsoper München, Lieder.
Singakademie: 8 Glasunoff - Quartett, Kammermusik.
Bechsteinsaal: 8 Lucille Wallace, Snell Barbour, Vierhänd. Originalkomp. f. ein Klavier.

Film

16. Januar

Atrium, Kaiserallee, Ecke Berliner Str. 7, 9,15 **Der Erzieher meiner Tochter** mit Harry Liedtke

Titania-Palast, Steglitz 6,30, 9 **Landung im Paradies** (Tonfilm)

(Ohne Gewähr)

Alhambra (Kurfürstendamm 67) 5, 7 u. 9 Die weiße Hölle vom Piz Palü.
B. T. L. Potsdamer Str. 38: Die neuen Herren. — Turmstr. 12: Der Patriot u. Zeichen im Sturm. — Rheinstr. 14: Geheimpolizisten u. Die Insel der Verschollenen. — Alexanderstr. 39/40 (Pass.): Geheimpolizisten u. Der Bund der Drei. — Odeon, Potsdamer Str. 75: Die Straße der verlorenen Seelen u. Kehre zurück! Alles vergeben!
Capitol 7,15 u 9,15 Die Nacht gehört uns.
Gloria-Palast 7,15 u. 9,15 Es tut sich was in Hollywood.
Kamera 3, 4,15, 7 u. 9,15 Das Kabinett des Dr. Caligari.
Kammerlichtspiele (Potsdamer Platz) 3, 5 7 u. 9 Melodie des Herzens.
Marmorhaus 7,15 u. 9,15 Revolte im Erziehungshaus.
Phoebus-Palast 7 u. 9 Frau oder Geliebte.
Primus-Palast 5, 7,15 u. 9,15 Donauwalzer.
Roxy-Palast (Friedenau, Hauptstr. 78/79) 5, 6,20, 8,45 Drei Tage auf Leben und Tod.
Sternwarte (Treptow): 8 Das große weiße Schweigen.
Terra - Lichtspiele (Mozartsaal, Nollendorfplatz) 7 u. 9,15 Das Donkosakenlied.
Ufa-Palast am Zoo 7,15 u. 9,15 Sünden der Väter.
Ufa-Pavillon (Nollendorfplatz) 7,15 u. 9,15 Weiße Schatten.
Universum (Kurfürstendamm) 7,30 u. 9,15 The Pilgrim.
U. T. Königstadt 7 u. 9 Die neuen Herren.
U. T. Kurfürstendamm 7,15 u. 9,15 Börsenfieber.
U. T. Turmstrasse 4, 6,30 u. 9 Der Jazzsänger.

Varieté

16. Januar

(Ohne Gewähr)

Scala 5 u. 8,30 Internat. Varieté. Monatl. neues Programm.
Wintergarten 8,15 Original 16 Lawrence-Tiller-Girls, Paul Westermeier, Ernest u. Yvonne und die übrigen Neuheiten.

Die schwedisch-japanische Streichholzeinigung

London, 15. 1.

Wie schon gemeldet, sind die Verhandlungen zwischen dem schwedischen Streichholzsyndikat und dem japanischen Finanzministerium über die künftige Rolle des Schwedensyndikats auf dem japanischen Absatzmarkte erheblich fortgeschritten. Das Finanzministerium sieht grundsätzlich keine Hemmungen für die Betätigung des schwedischen Syndikats auf dem japanischen Absatzmarkte, welche Betätigung selbstverständlich entsprechend kompensiert werden müsse. Ueber die Einzelheiten dieser Kompensation, ihren Betrag und ihre Form wird zur Zeit noch verhandelt. In eingeweihten Kreisen hört man die Auffassung, dass die japanischen Unterhändler bereits so gut wie feste Zusicherungen gemacht hätten. Damit würde das schwedische Streichholzsyndikat auch auf dem japanischen Markte mittels der Gewährung einer Anleihe sich neue Absatzmöglichkeiten verschaffen. Aber damit würde auch das schwedische Syndikat der russischen Streichholzproduktion einen nicht unerheblichen Schlag versetzen. Das russische Streichholzsyndikat hat sich bekanntlich wiederholt um eine Zusammenarbeit mit der japanischen Streichholzindustrie bemüht, die sich sowohl auf den japanischen als auch auf den chinesischen Absatzmarkt erstrecken sollte. Die diesbezüglichen Verhandlungen scheiterten jedoch infolge des Kapitalmangels auf russischer Seite. Eine Zusammenarbeit mit den Russen hätte für die japanische Streichholzindustrie bzw. Regierung die Investierung von grösseren Mitteln zur Voraussetzung gehabt, die man japanischerseits nicht aufbringen konnte oder wollte. Das russische Syndikat wird sich angesichts dieser Sachlage auch im Fernen Osten mit eigenen Mitteln durchschlagen und gegen die japanisch-schwedische Konkurrenz ankämpfen müssen. Es heisst, dass die Russen selbst diesen Kampf nicht zu pessimistisch beurteilen, weil sie sich im Besitz von Holzrohstoffen befinden, die von der Konkurrenz benötigt und den Russen den Kampf gegen die Konkurrenz erleichtern werden.

Bankdirektor Ritscher 60 Jahre alt

Herr Bankdirektor Samuel Ritscher, Vorstandsmitglied der Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, begeht am 17. Januar die Feier seines 60. Geburtstages. Vor dem Kriege für deutsche Banken im Ausland, später als Vorstandsmitglied der Dresdner Bank tätig, gehört er seit September 1924 dem Vorstand der Reichs-Kredit-Gesellschaft AG an, bei der er sich besonders mit dem Auslandsgeschäft und Fragen der Weltwirtschaft beschäftigt. In einer grossen Zahl von industriellen Unternehmungen, Banken, Immobilien, Kreditinstituten, Versicherungsgesellschaften usw. vertritt Herr Ritscher die Interessen der Reichskreditgesellschaft als Aufsichtsratsmitglied.

Die Erhebung der chinesischen Einfuhrzölle auf Goldbasis

Nanking, 16. 1.

Den vom chinesischen Finanzminister an die Zollverwaltung gegebenen Weisungen über eine Erhebung der Einfuhrgebühren auf Goldbasis, über die wir bereits berichteten, ist folgendes zu entnehmen: Vom 1. Februar dieses Jahres ab werden die Einfuhrzölle auf Güter, die vom Auslande eingeführt werden, auf Goldbasis erhoben. Der Zolltael hört auf, als Einheit bei Berechnung von Zöllen auf die Einfuhr vom Auslande zu gelten. Statt dessen wird eine neue Goldeinheit eingeführt auf der Basis von 60,1866 Centigramm Feingold. Sie entspricht somit 40 Cents der Golddollarwährung oder 19,7265 Pence der Sterlingwährung. Vom 1. Februar bis 15. März dieses Jahres gilt bei Umwandlung der spezifischen Zölle ein Zolltael gleich 1½ neue Goldeinheit, vom 16. März ab gleich 1¾ neue Goldeinheit. Dollars, Taels und andere Währungen werden bei den Zollzahlungen angenommen, und zwar wird ihr Verhältnis zur neuen Goldeinheit von Zeit zu Zeit bekanntgegeben werden. Das Vorstehende gilt nur für Einfuhrzölle auf Einfuhrgüter aus dem Auslande. Andere Zölle und Abgaben werden wie bisher erhoben.

Der chinesische Finanzminister erklärt in einer Erläuterung zu seinem Erlass, die Massnahme bezwecke, das normale Verhältnis zwischen den Wertzöllen und den spezifischen Zöllen, die seit Errechnung der Basis im Jahre 1925 entwertet seien, wiederherzustellen. Sie sei nötig, um den jährlichen Verpflichtungen der chinesischen Regierung, die sich auf neun Millionen Pfund Sterling beliefen, nachkommen zu können, die bei dem heutigen Silberkurse 60 % mehr kosteten als 1925. Da nach dem 16. März in den meisten Fällen nicht mehr als 2 oder 3 Prozent vom Wert der eingeführten Güter erhoben werden und in der vorhergehenden Periode ab 1. Februar noch weniger, so dürfte die Massnahme keine fühlbare Wirkung auf den Handel haben.

Dezemberausweis der Deutschen Rentenbank. Seit Inkrafttreten des Liquid.-Ges. sind Rentenbankscheine im Betrage von 336 726 498 RM gem. § 7 a des Liquid.-Ges., 300 000 000 RM gem. § 7 b des Liquid.-Ges., 82 750 871 RM gem. § 7 c des Liquid.-Ges., 880 334 583 RM gem. § 11 des Liquid.-Ges., zusammen 1 599 811 952 RM getilgt worden.

Deutsche Maschinen für die russische Konservenindustrie. Die Verhandlungen der Berliner Handelsvertretung mit deutschen Maschinenbaufirmen über die Lieferung von Maschinen für die russische Konservenindustrie sind abgeschlossen worden. Die Handelsvertretung bestellt einige hundert Maschinen, die für die Leningrader und Moskauer Konservenfabriken bestimmt sind. Ein Teil der Maschinen ist bereits in Leningrad eingetroffen. Für den Ausbau der russischen Konservenindustrie, die in diesem Jahre noch in grösserem Masstabe erfolgen soll, werden diese Lieferungen von massgebender Bedeutung sein.

Die deutsche Emissionstätigkeit im November. Im November 1929 betrug die Ausgabe von Wertpapieren im Deutschen Reich 98 Mill. RM (i. Vormonat 102 Mill. Reichsmark). Die Ausgabe von Pfandbriefen und Kommunalobligationen hat von 66 Mill. RM auf 59 Mill. RM abgenommen. Die Aktienemissionen haben laut Wirtschaft und Statistik gegenüber dem Vormonat von 36 auf 39 Mill. RM gering zugenommen. Von den gemeinnützigen Unternehmen und Körperschaften und von privaten Unternehmungen wurden für insgesamt rund 0,1 Mill. RM Schuldverschreibungen begeben. Die Auslandsanleihen sind gegenüber dem Vormonat wieder erheblich zurückgegangen (von 27,14 auf 2,96 Mill. RM). Es wurden nur zwei Kirchenanleihen im Gesamtbetrage von 1,75 Mill. hfl. mit 7 bzw. 8 % Verzinsung in Holland begeben.

Grosse Speicherbauten in Gdingen. lz. Danzig, 15. 1. (Eigenbericht.) Im Auftrage der Bank für Zuckerindustrie in Posen ist im Hafen von Gdingen mit dem Bau von Speichern begonnen worden, in denen 80 000 t Zucker Aufnahme finden können. Der Bau eigener Lagerräume ist auch vom polnischen Tabakmonopol beschlossen worden. Von der Stadtverwaltung Gdingen wird neben dem Bau eines Exportschlachthauses auch die Errichtung einer Fischhalle und insbesondere einer Lagerstelle für Heringe geplant. Diese Neubauten will die Stadt mit finanzieller Unterstützung der interessierten Industrie- und Handelskreise durchführen. — Gemäss einer polnischen Verordnung soll der direkte Güterverkehr zwischen Eisenbahnstationen Polens und Danzig einerseits und den Häfen des östlichen Mittelmeeres andererseits durchgeführt werden. Die Waren werden mit besonderen Frachtbriefen über Konstanza und weiter auf Schiffen der rumänischen Schiffahrtsgesellschaft nach Konstantinopel, Piräus, Alexandria, Haifa und Jaffa befördert.

Weiter rückgängiger amerikanischer Gummiverbrauch. Im Monat Dezember belief sich der amerikanische Rohgummiverbrauch auf nur 23 531 Tonnen gegen 27 659 Tonnen im November und 49 233 Tonnen im Mai vorigen Jahres. Die sichtbaren Vorräte haben sich ferner Ende Dezember auf 105 138 Tonnen gegen 92 219 Tonnen Ende November erhöht, während die schwimmende Ware mit 62 389 Tonnen ebenfalls um bald 10 000 Tonnen vermehrt ist.

Neue Münzen in Bulgarien. kbg. Wien, 15. 1. (Eigenbericht.) Aus Sofia wird gemeldet, dass das Finanzministerium die Prägung neuer Münzen beschlossen hat. Es sollen 100 Millionen Stück zu fünf, 150 Millionen Stück zu 10 Lewa geprägt werden. Die diesbezüglichen Verträge mit der Firma Krupp und dem Wiener Münzamt sind bereits unterzeichnet worden.

Vortragsabend der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft. Am Freitag, dem 17. Januar 1930, abends pünktlich 8 Uhr, findet im Preussischen Oberverwaltungsgericht, Hardenbergstr. 31 (Nähe Bahnhof Zoo) ein Vortrag über: „Grosshandel und Weltwirtschaft" statt. Vortragender: Otto Keinath, M. d. RWR., Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes des deutschen Gross- und Ueberseehandels.

Intensivierung der Zuckerproduktion

Havanna, 15. 1.

Auf Kuba haben 156 Zuckermühlen die Arbeit für die nächste Saison aufgenommen. Nach den amtlichen Ziffern wird sich die Produktion von vier Monaten auf etwa 4½ Millionen Tonnen Rohzucker belaufen. Um ein ungestörtes Ausmahlen zu gewährleisten, hat der Präsident in ganz Kuba alle Feiern und politischen Veranstaltungen verboten.

J. Horstman & Co., London — Verluste in deutschen Geschäften. Aus London wird gemeldet: In der soeben abgehaltenen Gläubiger- und Aktionärversammlung der im Dezember vorigen Jahres in Konkurs geratenen Bankfirma J. Horstman & Co. wurde mitgeteilt, dass die Verpflichtungen des Unternehmens 215 000 £ betragen, denen Aktiven im Werte von nur 122 000 £ gegenüberstehen. Das Defizit beläuft sich mithin auf 93 000 £ oder fast 2 Mill. RM. Seitens der Konkursverwaltung wurde mitgeteilt, dass der Zusammenbruch des Unternehmens auf die bei der Kreditgewährung an die Firma Westenholz in Hamburg und Amsterdam und ein mit dieser Firma liiertes deutsches Holzunternehmen festgestellten Unregelmässigkeiten zurückzuführen sei. Ausserdem ist der Zusammenbruch auch durch übermässige Zuwendungen an Verwaltungsmitglieder verschuldet worden. Die Gesamtbezüge der Verwaltungsmitglieder beliefen sich einschliesslich laufender Zuwendungen an einen „beratenden Ausschuss für kontinentaleuropäische Geschäfte" jährlich auf rund 35 000 £, d. h. 70 000 RM. Die Tätigkeit des Unternehmens beschränkte sich dabei im wesentlichen auf die Kreditgewährung an die vorstehend erwähnte Firma Westenholz und an kontinentaleuropäische Geschäftsfreunde dieser Firma.

Sparmassnahmen bei der Aku. Aus Amsterdam wird uns gemeldet, dass jetzt in den Enka-Betrieben in Arnheim ein Arbeiter- und Beamtenabbau durchgeführt wird, von dem bisher einschliesslich der in Ede entlassenen weiblichen Hilfskräfte 220 weibliche Arbeiter und 50 Handwerker betroffen werden. Unter den abgebauten höheren Beamten befindet sich der Verwaltungsdirektor der Maekubee. Unter den 3000 Köpfe betragenden Fabrikarbeitern sind bisher noch keine Entlassungen vorgenommen worden. Die Verwaltung der Aku erklärt, dass der Personalabbau eine auf Verbilligung der Gestehungskosten abzielende Reorganisationsmassnahme darstelle, die keine Produktionsverringerung zur Folge haben werde.

Befriedigender Geschäftsgang bei der American Enka Corp. Nach einer dem Amsterdamer „Telegraaf" aus New York zugehenden Meldung hat sich bei der American Enka Corporation der Absatz in den letzten sechs Monaten befriedigend entwickelt. Für 1930 seien bereits umfangreiche Aufträge eingegangen. Die Vertriebsgesellschaft der American Enka Corporation, die Cannon Mills. Inc. in Philadelphia, erklärte, dass die Gesellschaft auf einen grossen Abnehmerkreis weniger Wert lege als auf die Belieferung der Webereien mit guten Qualitätsgarnen. Es werde erwartet, dass die American Enka in der nächsten Zeit Vorbereitungen für die Erweiterung ihrer Betriebsanlagen treffe. Im besonderen soll die Produktion von Kunstseidengarnen feiner und prima Qualität gesteigert werden.

Günstige Aussichten für die American Bemberg Corporation. Den holländischen Zeitungen wird aus New York gemeldet, dass die Aussichten für den Absatz der Bembergseide in den Vereinigten Staaten als aussergewöhnlich günstig betrachtet werden. Es wird damit gerechnet, dass sich nicht nur die grossen New Yorker, sondern auch die angesehenen Pariser Modehäuser stark für die Fabrikate aus Bembergseide interessieren.

Reichsgerichtsentscheidungen

Rückzahlung der Wiener Investitionsanleihe auf Grund der Währungsklausel

Im Jahre 1902 legte die Stadt Wien eine internationale Anleihe von 285 Millionen Kronen auf, die zur Verstadtlichung der Strassenbahn, zum Ausbau des Wasserleitungsnetzes und für andere Zwecke der Gemeinde Wien bestimmt war. Die Rückzahlung dieser sogenannten Investitionsanleihe, sowie die Zahlung der Zinsen sollte im Inlande in Kronen, im Auslande nach Wahl des Gläubigers in der Währung des Landes erfolgen, in dem sie präsentiert wird. Die Verpflichtung hierzu ist in einer Währungsklausel festgelegt, welche den Schuldbetrag der betreffenden Teilschuldverschreibung neben der Kronensumme in Mark, Franks, holl. Gulden, engl. Pfund und nordamerikanischen Dollars beziffert aufführt. Diese Währungsklausel ist aber auf Grund des österreichischen Bundesgesetzes vom 27. Januar 1922 gestrichen und die Stadtgemeinde Wien ermächtigt worden, die Anleihe sofort aufzurufen und in Kronen zurückzuzahlen. Für die unbekannten Gläubiger, die sich nicht melden, sollte ein Kurator bestellt und der Kronenbetrag hinterlegt werden. Kläger ist einer der im Jahre 1922 unbekannt gebliebenen Gläubiger. Er wohnt in Berlin und forderte unter Zugrundelegung der Währungsgleichung Rückzahlung seines Teilstückes in Höhe von 5250 Schweizer Franken oder in entsprechendem Betrage in Reichswährung. Das Landgericht Berlin hat sich nicht für zuständig erklärt, da der Anspruch auf Zahlung in Schweizer Franken nicht in Berlin erhoben werden könne. Dagegen hat das Kammergericht zu Berlin die Beklagte zur Zahlung verurteilt. Das Kammergericht bezeichnet die Streichung der Währungsklausel für den ausländischen Gläubiger für rechtsunwirksam.

Die von der Stadtgemeinde Wien gegen dieses Urteil eingelegte Revision ist ohne Erfolg geblieben und vom Reichsgericht (4. Zivilsenat) in der nachstehenden Form zurückgewiesen worden. Das Urteil erhält folgende Fassung: Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 5250 Franken schweizerischer Währung, und zwar Zug um Zug gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen ihres Investitionsanlehens vom Jahre 1902 (Lit. C Serie 07742 Nr. 12—20 und Serie 06614 Nr. 20) samt dazu gehörigen seit dem 1. Januar 1923 verfallenen Kupons und Talons in Zürich zu bezahlen. Die Beklagte ist jedoch berechtigt, die Frankenleistung auch in Berlin zu erbringen, oder nach ihrer Wahl in Zürich oder in Berlin deren Gegenwert in deutscher Reichswährung nach dem Kurswerte des schweizerischen Frankens, der zur Zeit der Zahlung für den Zahlungsort Zürich massgebend ist, zu bezahlen. Und zwar in jedem Falle Zug um Zug gegen Rückgabe der genannten Schuldverschreibungen. (IV 665/28. — Urteil des RG. vom 14. November 1929.)

Die Beratungspflicht des Bankiers

Ein Bankkunde erhebt gegen eine Berliner Grossbank und deren Depositenkassenvorsteher T. Ansprüche auf Ersatz von etwa 80 000 RM, die er infolge der Börsenkatastrophe am sogenannten „schwarzen Freitag" (13. Mai 1927) erlitten hat. Der Kläger beruft sich zur Stützung der Klage auf den Rat des Depositenkassenvorstehers T., der ihn aus gewinnsüchtiger Absicht (der T. hatte sich einen Gewinnanteil ausbedungen) Anfang Mai 1927 zum Abschluss verlustreicher Börsentermingeschäfte verleitet haben soll. Die hierdurch verletzte Rechtspflicht gegenüber dem Bankkunden begründe die Haftung der Beklagten gemäss § 276 BGB. Die Haftung des mitbeklagten Depositenkassenvorstehers T. wird auf §§ 823 Abs. 2 und 826 BGB. gestützt. Die Klage ist in allen Instanzen — Landgericht und Kammergericht zu Berlin und Reichsgericht — abgewiesen worden. Vom Reichsgericht mit folgenden Entscheidungsgründen: Das KG. geht zutreffend davon aus, dass durch den langjährigen Geschäftsverkehr zwischen dem Kläger und der beklagten Bank ein Vertrauensverhältnis zwischen ihnen begründet worden ist, aus dem sich die Verpflichtung der Bank ergeben hat, ihn bei Geschäften betreffend Anschaffung von Effekten mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu beraten und dass diese Verpflichtung sich auch als Nebenleistung aus dem Kommissionsgeschäft ergibt. Eine Pflicht des Bankiers, seinen Kunden zu beraten, besteht aber insoweit nicht, als er ohne Verschulden annehmen kann, dass der Kunde selbst die nötige Sachkunde besitzt. Darf er damit rechnen, dass der Kunde selbst sich der Gefahren von Spekulationsgeschäften bewusst ist, so kann von ihm nicht verlangt werden, dass er das Zureden zur Eingehung derartiger Geschäfte unterlässt oder gar abrät. Nach den Feststellungen des KG. durfte der beklagte Depositenkassenvorsteher annehmen, dass der Kläger in Spekulationsgeschäften bewandert sei. Allerdings hat es sich bei den früheren Geschäften, die dem Beklagten T. bekannt waren, nicht um Termingeschäfte gehandelt; aber darauf kommt es hier nicht an. Wie bereits das Landgericht ausgesprochen hat, ist die Verlustgefahr bei Termingeschäften an sich nicht, oder doch nicht wesentlich höher als bei Kassa-Spekulationsgeschäften. Sie erfordern nur eine andere Einstellung des Käufers. Ueber Wesen und Technik des Termingeschäfts ist der Kläger aber von den Beamten der Depositenkasse aufgeklärt worden. Somit durfte der Beklagte T. glauben, dass der Kläger das gewiss nicht risikolose Geschäft, das er einging, genügend beurteilen könne. (I 206/29. — 11. Dezember 1929.)

Warenmärkte

Berliner Butter. Die amtliche Berliner Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Grosshandel (Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten) war am 16. Januar unverändert.

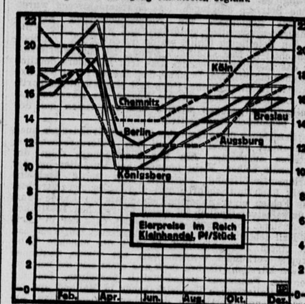
Magdeburger Zuckerterminnotierungen. 16. 1. (Weisszucker exkl. Sack für 50 kg.) Januar 8,85 B., 8,75 G., Februar 8,85 B., 8,75 G., März 8,85 B., 8,80 G., April 9,00 B., 8,90 G., Mai 9,25 B., 9,15 G., August 9,65 B., 9,55 G., Oktober 9,85 B., 9,80 G., Dezember 9,90 B., 9,85 G. Tendenz: ruhig.

Vom Wesermünder Fischmarkt. 15. 1. Auf der Seefisch-Versteigerung wurden in Pfennigen je Pfund folgende Grosshandelseinkaufspreise für Fische mit Kopf erzielt: I. Ostsee: Kabliau, Grösse I 24—32½, do. Grösse II 19½—21½, do. Grösse III 15½—21, Schellfisch Grösse V 27 bis 31¼, Wittlinge 20—20¾, Katfisch (Austernfisch) 20—28¾, Scholle Grösse I 47—57, do. Grösse II 50—58, do. Grösse III 58—63, Seezunge Grösse I 198—199, Steinbutt Grösse I 177—181, do. Grösse II 157—160, do. Grösse III 120—121, Tarbutt Grösse I 94—122, do. Grösse II 92—95. — II. Barentsee: Kabliau Grösse I 17—21¾, do. Grösse II 16¼—20¾, Schellfisch Grösse I 17½—22¾, do. Grösse II 19—27¾.

Steigende Eierpreise

Die Kleinhandelspreise für Eier ermittelt das Statistische Reichsamt für eine Anzahl von Städten monatlich nach Stichtagwerten.

Scharf ausgeprägt ist der Preisabfall im Frühjahr, der sich allerdings gegenüber der Preisbewegung im Grosshandel um etwa einen halben Monat verschiebt. Dann folgt ein mehr oder weniger stetiges Ansteigen bis zum Herbst, das die Preise durchschnittlich in etwas schnellerem Schrittmass in die Höhe führt als im Grosshandel. Auch jetzt folgt die Preisbewegung im Kleinhandel den Grosshandelspreisen mit einer gewissen Verzögerung: in einer ganzen Anzahl von Städten ist im Dezember die starke Wintersteigerung, die sich im Grosshandel längst bemerkbar gemacht hat, noch nicht festzustellen. Es ist deshalb zu erwarten, dass in diesen Städten die Eierpreise noch etwas weiter ansteigen werden, obwohl im Grosshandel bereits der Jahreszeit gemässe Rückgang einzutreten beginnt.



Das Agrarproblem im neuen Europa. Von Dr. h. c. Siegfried Strakosch, Wien. Verlag Paul Parey, Berlin. In Ganzleinen gebunden 24 RM, broschiert 20 RM. Kein Wiederaufbau kann gelingen, dem nicht jener der Landwirtschaft vorausgeht. Diese Erkenntnis von der zentralen Wichtigkeit der Landwirtschaft und Landwirtschaftspolitik für die gesamte Wirtschaft der Welt hat das Interesse für die Bodenproduktion und das Leben jedes einzelnen Staates ungemein verbreitert. Nicht nur der Landwirt und Agrarpolitiker, sondern auch der Fernerstehende beschäftigt sich mit Landwirtschaftspolitik, muss sich mit ihr beschäftigen. Vielgestaltig drängt die Fülle des Agrarproblems auf die Gegenwart ein und stellt die Agrarpolitik und nicht bloss diese allein, auch die allgemeine Volkswirtschaftspolitik, die Sozialpolitik und die Bevölkerungspolitik vor Aufgaben, wie sie grösser und schwieriger keiner Epoche zufielen. Für die Lösung dieser Aufgaben vorbereitende Arbeit zu leisten, das Agrarproblem aus dem Gesichtspunkte der bisherigen Entwicklung, der Gesetze der Bodenproduktion und der veränderten Bedingungen im neuen Europa zu betrachten und Folgerungen daraus für die Weiterentwicklung zu ziehen, ist die Aufgabe, die sich das Buch gestellt hat. Seine 28 Kapitel sind in drei Teile gegliedert. Der erste gilt den treibenden Kräften, die die Landwirtschaft zu jener relativen Höhe führten, die sie bei Kriegsbeginn innehatte, und den naturgegebenen Hemmungen, gegen die die Bodenkultur sich durchsetzen muss. Im zweiten Teil werden die neuen Verhältnisse geschildert und kritisch gewürdigt: von der Bodenreform angefangen bis zu den landwirtschaftlichen Produktionskosten, dem Reinertrag der Betriebe und den Wandlungen in der Lohnarbeit, in Produktion und Konsum. Der letzte Teil beschäftigt sich mit der Weiterentwicklung. Im Schlusskapitel verdichtet sich dieser Stoff zu einer Auseinandersetzung mit der wachsenden überseeischen Konkurrenz. Die Gegebenheit der Bedingungen leitet, daran anschliessend, zu einem Bild der kommenden Landwirtschaft über, wobei der Verfasser bemerkenswerterweise darauf hinweist, dass zur Dominante der Zukunft die möglichst vielseitige, zumeist bäuerliche Ackerwirtschaft mit starker Viehhaltung werde.

Sport

Um die Rugbymeisterschaft

Nach der ersten Etappe

Die Berliner Rugbyspieler waren in dieser Saison vorsichtiger. Nachdem sie im letzten Jahre durch den anhaltenden strengen Frost mit der rechtzeitigen Abwicklung aller Verbandsspiele die größten Terminschwierigkeiten hatten, ist es ihnen diesmal geglückt, durch rechtzeitigen Anfang alle Berliner und Leipziger Kreisspiele pünktlich bis zur Jahreswende zu erledigen. Die Staffelmeister heißen: SV. Siemens, SC. Charlottenburg und Akademischer Sport-Club Leipzig. Diese drei Vereine müssen nun im Frühjahr in Hin- und Rückspiel um den Titel des Brandenburg-Mitteldeutschen Meisters kämpfen.

Zweifellos brachte die letzte Saison für den hiesigen Rugbysport einen erheblichen Fortschritt. Die ausschlaggebenden Gründe hierfür waren gehobene Spielstärke und die nachdrückliche Propaganda. Auch durch die Veranstaltung der internationalen Kämpfe wurde viel erreicht. Der Verband und die Vereine konnten sich zum ersten Male davon überzeugen, daß auch große Spiele sich bezahlt machen.

Bei den Berliner Verbandsspielen war durch die Gleichwertigkeit die Frage nach dem Staffelmeister bis zum Schluß offen. Hierbei muß man allerdings von Preußen in der einen Staffel und von der Polizei in der anderen Staffel absehen. Während die Polizei wohl langsam Fortschritte macht, aber doch noch nicht mit den anderen Klubs mitkommt, ist es bei den Preußen im Gegensatz zu allen anderen Vereinen zurückgegangen. Hoffentlich gibt es hier bald eine Wendung zum Guten, für die Berliner Rugbygemeinde wäre es von größter Wichtigkeit. Zwischen den anderen Klubs gab es ein hartes Ringen um die Spitze. Hie Tennis-Borussia-Siemens, hie Berliner Rugby-Club—Sport-Club Charlottenburg. In der Abteilung A konnte dann schließlich der Verteidiger der Meisterschaft, Siemens, Sieger bleiben. Aber die Siege waren nur knapp denn Tennis-Borussia leistete den härtesten Widerstand. Bei Siemens gab schließlich noch die bessere Angriffsreihe den Ausschlag, während die Tennis-Borussen mehr eine Mannschaft besitzen, die in der Verteidigung besser ist, und daher auch wohl selten hoch geschlagen werden wird. Aber letzten Endes gibt ja der Sieg den Ausschlag. In der Abteilung B gab es ganz zum Schluß noch eine große Ueberraschung. Der Berliner Rugby-Club war als Favorit in das Rennen gegangen und hatte auch sich bereits die Meisterschaft gegen den SCC. gesichert, als den BRC.ern ein bereits gewonnenes Spiel wegen Aufstellung eines nicht berechtigten Mannes aberkannt werden mußte. In dem Entscheidungsspiel drehten die Charlottenburger den Spieß um und gewannen damit die Abteilungsmeisterschaft. Beide Mannschaften sind sich der Spielstärke gleich und spielen ein vorbildliches Rugby, da sie ihre besten Leute in der Dreiviertelreihe zu stehen haben. Aus diesem Grunde sind beide Mannschaften immer bemüht, das Spiel zu eröffnen.

Ueber die Aussichten für den Brandenburg-Mitteldeutschen Meistertitel läßt sich vorerst nur sagen, daß die drei Vereine sehr gleichwertig sind. Der Verteidiger Siemens besitzt gerade in Entscheidungsspielen eine sehr zuverlässige Mannschaft, die Charlottenburger sind sehr schnell und ausdauernd und die Leipziger verfügen über eine „Fünfzehn", die eine langjährige Spielerfahrung besitzt und die besonders auf eigenem Boden nur sehr schwer zu schlagen ist. Sicher werden auch die Entscheidungsspiele einen interessanten Verlauf nehmen und dem Rugbysport zu einem weiteren Aufschwung verhelfen.

Dr.

Die Auslosung für das Handball-Turnier

Für seine am Donnerstag, dem 23., und am Sonntag, dem 26. Januar, im Berliner Sportpalast stattfindenden Handballspiele hat der Verband Brandenburgischer Athletik-Vereine nunmehr auch die Auslosung der Gegner vorgenommen.

Bei dem rein lokalen Turnier am Donnerstag wird um 8 Uhr als Spiel 1. die Begegnung S.V. Siemens—S.V. Charlottenburg steigen. Gleich anschließend folgen dann als Spiel 2. I. Spandauer Polizei-Handball-Club—„Brandenburg", als Spiel 3. Berliner Sportverein 1892—Deutscher Handball-Club und als Spiel 4. Polizeisportverein—Deutscher Sport-Club. Nach einer kurzen Pause beginnt bereits die Zwischenrunde, bei welcher sich zuerst die Sieger aus den Spielen 1. und 3. und dann die aus den Spielen 2. und 4. gegenüberstehen. Auch das Endspiel findet noch am gleichen Tage statt.

Die vier Vorrundensieger erkämpfen sich nicht nur die Teilnahmeberechtigung für die Zwischenrunde, sondern auch die für das Turnier am Sonntag. Der Sieger aus dem Spiel 1. muß dabei gegen den Wiener Athletiksport-Club, der aus 2. gegen den S.V. Darmstadt 1898, der aus 3. gegen die Leipziger Sportfreunde und der aus 4. gegen den Polizeisportverein Halle antreten. Es wird auch bei dieser Veranstaltung bis zur endgültigen Feststellung des Siegers in der gleichen Form wie am ersten Tage gespielt.

Zwei Europazonen bei den Davis-Pokalspielen

Das bisher vorliegende außerordentlich große Meldeergebnis der Nationen, die gewünscht haben, im Rahmen der sogenannten Europa-Zone des Davis-Pokals zu spielen, hat das Davis-Pokalkomitee veranlaßt gesehen, die europäische Zone zu teilen, und zwar in eine Zone Nord und eine Zone Süd. Ein provisorisch aufgestellter Plan bringt die Länder wie folgt zusammen:

Zone Nord: Deutschland, Dänemark, Belgien, England, Finnland, Norwegen, Schweden, Irland, Holland und Polen.

Zone Süd: Oesterreich, Ungarn, Spanien, Rumänien, Schweiz, Jugoslawien, Portugal, Monaco, Griechenland, Italien und Tschechoslowakei.

Wenn eines dieser Länder mit seiner Eingruppierung nicht einverstanden ist und in der anderen Abteilung spielen möchte, kann es seine Umschreibung beantragen.

Vor dem Ende in Dortmund

Rausch-Hürtgen führen mit zwei Runden Vorsprung

Im fünften Dortmunder Sechstagerennen dürfte die Vorentscheidung gefallen sein, denn wenn nicht besondere Umstände eintreten, ist den Rheinländern Rausch-Hürtgen der Sieg nicht mehr zu nehmen. In der letzten Nacht legten sie eine so bestechende Fahrweise an den Tag, daß sie zuerst eine Runde, später eine zweite gegen das gesamte Feld gewinnen und sich die unbestrittene Führung sichern konnten. Den ersten Vorstoß leiteten Rausch-Hürtgen um 10 Uhr abends ein, es dauerte auch gar nicht lange, da war der Rundengewinn vollzogen. Nach einem ziemlich kampflosen Rundengewinn von Dülberg-Debaets gelang es den Louet-Boucheron innerhalb ganz kurzer Zeit nicht weniger als drei Bahnlängen gutzumachen und dadurch die zweite Stelle im Klassement zu besetzen. Die Stimmung der wieder ausverkauften Westfalenhalle erreichte ihren Höhepunkt, als Rausch-Hürtgen auch eine zweite Bahnlänge zwischen sich und das Feld legen konnten. Neben dem sehr schwach fahrenden Josch, der das, was sein gut veranlagter Partner Pijnenburg-Holland gewann, immer wieder verlor, stellte auch Meyer die Weiterfahrt ein. Letzterer hatte sich scheinbar in den vielen Jagden, in denen er mit Stübecke keine schlechte Rolle spielte, zuviel zugemutet. So wurden Pijnenburg-Stübecke mit einem Rückstand von sieben Runden zu einer neuen Mannschaft vereint, der es dann auch bald gelang, sich mehr nach vorn zu arbeiten.

Um 6 Uhr morgens, als das Rennen zum letzten Male neutralisiert wurde, hatten die Spitzenreiter 3267,900 Kilometer zurückgelegt, der Stand des Rennens war folgender: Spitze: 1. Rausch-Hürtgen 112 Punkte; zwei Runden zurück: 2. Louet-Boucheron 208 Punkte; 3. Goebel-Dinale 174 Punkte; 4. Petri-Kroschel 158 Punkte; drei Runden zurück: 5. Charlier-Durah 113 Punkte; 6. Dülberg-Debaets 91 Punkte; vier Runden zurück: 7. Choury-Fabre 88 Punkte; 8. Dorn-Maczynski 85 Punkte; fünf Runden zurück: 9. Stübecke-Pijnenburg 238 Punkte; sieben Runden zurück: 10. Kilian-Pützfeld 78 Punkte; 11. Mac Namara-Belloni 34 Punkte.

Vortragsabend im A. v. D.

Der Automobilclub von Deutschland veranstaltete in seinen schönen Räumen am Leipziger Platz gemeinsam mit der Automobil- und Flugtechnischen Gesellschaft einen Vortragsabend. Ingenieur L. Jonaß sprach, von Lichtbildern unterstützt, über „Das Weltbild des Automobils im Spiegel der Ausstellungen von Paris, London und Brüssel". Der Redner gab ein Bild von den gezeigten Konstruktionen, ohne dabei auf Einzelheiten einzugehen. Wie ein roter Faden zog sich durch seine Ausführungen der Gedanke, daß fast alle Neuerungen und Verbesserungen ursprünglich deutscher Techniker Werk und Arbeit seien, wie ja überhaupt das Benzinautomobil eine deutsche Erfindung ist. Wenn die deutsche Automobilindustrie heute sich in einer so bedrängten Lage befindet, so seien die Gründe dafür auf der kommerziellen Seite zu suchen und zu finden. Eine Besserung könne es nur dann geben, wenn Deutschland, ohne in sinnlose Extravaganzen zu verfallen, Originelles schafft, wie es, um nur ein Beispiel zu nennen, beim Junkers-Dieselmotor der Fall ist.

L.

Eishockey in Budapest

Vom Turnier in dem Tatrakurort Altschmecks kommend, trug die Eishockeymannschaft des SC. Charlottenburg in der ungarischen Hauptstadt ein Wettspiel gegen den Budapester Eislauf-Verein aus. Die Charlottenburger zeigten recht gutes Zusammenspiel und auch einige schöne Einzelleistungen, mußten aber trotzdem eine hohe Niederlage von 6:1 (3:0, 3:1, 0:0) Toren hinnehmen.

Zur Eishockey-Weltmeisterschaft in Chamonix entsendet die Tschechoslowakei als Verteidiger der Europameisterschaft folgende Mannschaft: Tor: Peka (LTC. Prag) und Pospisil (Slavia); Feldspieler: Dorazil (Troppau), Malecek, Hromadka, Dr. Pusbauer, Tozita (LTC. Prag), Heinz (Troppau), Kraft, Steigenhöfer (Slavia).